

# **Landesbibliothek Oldenburg**

## **Digitalisierung von Drucken**

[urn:nbn:de:gbv:45:1-71880](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-71880)

# Der Ammerländer

(Zeitsprecher Nr. 5)

erscheint täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonntagen und Feiertagen.  
Preis fürs Vierteljahr durch die Post frei ins Haus bezogen 3,42 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Alle Postanstalten und Landbriefträger nehmen Bestellungen entgegen. Anzeigengebühren für die einpaltige Kleinzeile (ober deren Raum) für Anstraggeber aus dem Herzogtum Oldenburg 20 Pf., für außerhalb des Herzogtums wohnende 25 Pf., die Zeile Anzeigenannahme bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktag; größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten.

Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Anrecht auf Rückgabe geht verloren, wenn Anzeigen-Gebühren durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. — Platzverzeichnisse bei Ausgabe der Inseraten werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

Nr 37

Westerstede, Donnerstag den 13 Februar 1919.

59. Jahrgang

## Erstes Blatt.

Hierzu ein zweites Blatt

### Acht zu Sieben?

Langsam beginnt sich in Weimar das Blättern zu brechen. Langsam aber sicher. Wenigstens scheint es so.

Man hatte sich die Anfänge der Legitimierung des neuen deutschen Volksstaates einfacher gedacht als sie sich jetzt herausstellt. Selbst nachdem die Diktatur der Sozialdemokratie, in der Nationalversammlung gleich beim ersten Anlauf die Mehrheit zu erobern, getrogen hatte, glaubte kein Mensch an sonderliche Schwierigkeiten der Konstituierung des Reiches; man nahm, selbstverständlich, die nächstbeste deutsche demokratische Partei in die Regierung mit auf, und die Sache war erledigt. Drei bis vier Tage mochten ihr überlassen werden, im übrigen aber würden alle Blöcke mit Angehörigen der künftigen Partei bedingt, und dann konnte endlich mit praktischer, mit ach so dringlicher Arbeit begonnen werden. Die Rechnung war einfach; sie hatte nur den Fehler, daß sie nicht stimmte.

Denn die Demokraten sahen die Sache nicht bloß von der einen Seite an, die sie hat, von der Seite der Verteilung an der Macht, sondern, sehr begrifflicherweise, auch von der andern: der Verantwortlichkeit. Und wie die Sozialdemokratie, auch abgesehen von den Mehrheitsverhältnissen, ganz gern darauf verzichtete, für sich allein die volle Verantwortung zu tragen für die weitere Gestaltung des deutschen Schicksals, vor dem Volk und vor der Geschichte, so hielten auch die Demokraten nach gewissen Umständen, mit denen sie ihrerseits Schuld und Verantwortung — je nachdem — zu teilen vermochten; wie die Dinge liegen, kann man es mirlich mit anderen betragen, wenn er in dieser Beziehung Vorzicht wolle nicht. Wir brauchen nur an den Frieden zu denken, der uns bevorsteht, um zu begreifen, daß keine Partei mehr Verantwortung auf ihre Schultern laden will als durch die gegebenen Umstände unbedingt geboten ist.

Also wurden Verhandlungen mit dem Zentrum eingeleitet, und das Zentrum sagte nicht Nein. Fünf Millionen Wähler haben auch diesmal wieder dieser ausgeprägten Mittel- und Vermittlerpartei ihr Vertrauen bekundet. Es verpflichtet, besonders in einer so schweren Zeit. Damit fanden aber der Sozialdemokratie bereits zwei gemessene Parteien als Machtpartner gegenüber. Also wurden wieder gegen sieben Blöcke in neuen Reichstagen angeboten: sieben für die eigentliche Regierungspartei, und sieben für die beiden anderen Parteien zusammen. Natürlich, wie man das neuerdings zu nennen pflegt. Doch da machte das Zentrum Schwierigkeiten. Die Sozialdemokraten sind, sagten diese erfahrenen parlamentarischen Strategen, in der Nationalversammlung in der Minderheit; sie kommen sie dazu, für sich den gleichen Anteil an der Amtverteilung zu beanspruchen, wie sie ihn ihren Gegnern zugesprochen will? Das wäre nun so gerechtfertigter, als je gerade die wichtigsten Blöcke ausdrücklich mit ihren Leuten bezeugen will: den Reichspräsidenten mit Herrn Ebert, den Ministerpräsidenten mit Herrn Scheidemann und den Präsidenten der Nationalversammlung mit Herrn Dr. David. Und je länger man über diese Fragen sprach und nachdachte, desto bedenklicher wurden die Gesichter. Überhaupt: drei Präsidenten von der roten Farbe — da können doch in einem von Grund auf demokratisch einzurichtenden Staatswesen andere Parteien eigentlich gar nicht mehr mitmachen. Schon hier muß die Machtverteilung beginnen, wenn nicht falsche Vorstellungen entstehen sollen. Also verlangt das Zentrum, als zweitstärkste Partei, da die Herren Ebert und Dr. David bereits so gut wie festgelegt sind, das Amt des Ministerpräsidenten oder, wie man wohl bald wieder unbeantwundet wird sagen dürfen, des Reichszanzen für sich. Einmal: dann aber müßte es auf der Grundlage des Verhältnisses im Kabinett nicht auf der Grundlage von 7 zu 7, sondern von 8 zu 7 bemessen werden. Denn entscheidend ist jetzt nun einmal die Gesamtanzahl der Nationalversammlung.

Man muß zugeben, daß der Sozialdemokratie hier einigemmaßen schwere Verantwortlichkeiten angekomme werden; für sie steht mehr als die bloße Frage der Amtverteilung auf dem Spiel. Ihr Ansehen als Trägerin der Revolution als Führerin in der neuen Zeit steht auf dem Spiel, und wenn auch mit den Unabhängigen kein Blatt für die neue Regierung zu schließen war, die Mühseligkeit dabei doch keinen Augenblick außer acht gelassen werden; das Geschick von der Gegenrevolution, an die das Volk verfallen werde, könnte nicht bald gefährlich werden. Was bleibt danach? Ein Mittelweg, Kompromiß, Verhandlung — ganz wie in früheren Zeiten, wo man auch nicht den Sinnel fassen konnte, so sehr man sich dazu des öfteren aufgelegt hätte. Das Zentrum wird schließlich auch mit sich reden lassen, und die Demokraten sind nicht unerbittlich. Schade nur, daß die ersten bitter notwendigen Taten der Nationalversammlung auf diese Weise durch Vorgänge hinter den Kulissen aufgehalten werden, die man vor der Revolution verächtlich als „Kuhhandel“ zu brandmarken pflegte. Das kann nicht gerade das Ansehen der neuen deutschen Volksvertretung heben. Es sind eben doch wieder die alten Parteien, die das Erbe des Kaiserreiches unter sich verteilen wollen. Am Ende

in der Erregung, der Miß, der Bruch in unserer Geschichte gar nicht so groß gewesen, wie wir es uns bisher eingebildet haben. Am Ende konnte er es auch nicht sein — vor kaum das heute schon entschieden wollen? —

### Ermordung der Deutschen in Windau.

Bericht der Obersten Generalleitung.  
Berlin, 10. Februar.

Die deutsche Oberste Generalleitung meldet: Bei einem erfolgreichen Vorstoß im Windauabschnitt wurde Trübsche von uns genommen. Nachrichten zufolge soll die deutsche Besatzung von Windau bei der Eroberung dieser Stadt durch die Bolschewisten rechtlos niedergemacht und eine Anzahl deutscher Konsulanten in Goldingen erschossen worden sein.

In dem weiteren Bericht heißt es: U. D. R. Süd: In allen Abschnitten für uns erfolgreiche Gebiete, 6. U. R. Ein feindlicher Vorstoß bei Kaniisch wurde abgewiesen. 2. U. R. Südwestlich Manganin griffen die Polen in Stärke von zwei Kompanien das Dorf Radomsko an, welches hierbei verloren ging. Es wurde später mit Artillerieunterstützung von uns wiedergewonnen. Die Räumung der von uns noch besetzten Teile des russischen Gebietes an der Bahn Komel-Brest-Litovsk ist durchgeführt. Westlich von Brest-Litovsk wurde ein starker polnischer Überfall abgelehnt, dank der ausgezeichneten Haltung der 3. Kompanie des Freiwilligen-Bataillons 44. Das 22. Reservekorps, das bisher in Brest-Litovsk lag, hat das Kommando an die 22. Landwehrdivision abgegeben und wird nach der Heimat abtransportiert.

### Truppenräumung von 300 000 Mann

Die Stadträte von Bromberg beschließen, für die Truppen, welche erfolgreich die Bromberg bedrohende Poleneinfälle bekämpften, eine Treuprämie von 300 000 Mark auszurufen. Wegen Hohnverrats und Widerstandes gegen die bewaffnete Macht hatten sich vor dem Kriegsgericht in Thorn elf Polen zu verantworten, die in Kämpfen bei Grünthal und Soppengarten gefangen genommen waren. Das Urteil war: drei je 12 Jahre Gefängnis, fünf je 16 Jahre Zuchthaus, zwei je 12, ein Angeklagter 10 Jahre Zuchthaus.

### Einberufung jüngerer Jahrgänge.

Die Gerichte von einer Mobilmachung größerer Stiles für den Ostkrieg ist in dieser Form nicht richtig. Es kann sich, wie das Kriegsministerium auch schon angekündigt worden ist, lediglich darum handeln, daß bestimmte Jahrgänge in den bedrohten Gebieten, also lediglich in den Ostprovinzen, aufgebildet werden. Dieses Aufgebot wird in den territorial angegriffenen Provinzen um so weniger Widerstand finden, als nach den bisher gemachten Erfahrungen die zurückgebliebenen wehrfähigen Deutschen in Polen teils niedergemacht, teils in eine harte Gefangenenschaft fortgebracht werden. Die Freiwilligen-Regimenter allein genügen nicht für das gewaltige Ostgebiet.

### Neue Forderungen der Entente.

Geraubung des deutschen Meeres auf 25 Divisionen  
Büchig, 10. Februar.

Wie die neue Korrespondenz meldet, fordern die neuen Waffenstillstandsbedingungen der Entente die Geraubung der deutschen Armee auf 25 Divisionen. Nach derselben Quelle soll sogar die Ablieferung der gesamten Artillerie verlangt werden, doch klingt der letztere Punkt sehr unwahrscheinlich.

Die Frage der Besetzung weiteren deutschen Gebietes ist, wie schon erklärt, noch nicht entschieden. Im übrigen scheinen die Verhandlungen zwischen den Alliierten auf Schwierigkeiten zu stoßen, da trotz der Abreise Lord Georges nach London noch eine neue Sitzung abgehalten wurde, in der man auch die Wiedervergabe besprach.

### Die Statuten des Völkerverbundes.

Ein internationales Parlament.  
Sang, 10. Februar.

Sier verlaute, daß unter französischem Einfluß mehrere Änderungen an dem Völkerverbundplane vorgenommen wurden, die das ganze Bündnis mehr nach der Seite der nationalen Souveränität verschieben würden. Die Hauptfache dabei ist die Beibehaltung der nationalen Streitkräfte. Das Programm für den Bund soll sich jetzt wie folgt regeln:

1. Es wird ein bevollmächtigter Volkskongress von 10 bis 12 Mitgliedern eingesetzt, die von den Großmächten ernannt werden, aber für den Gesamtbund eintreten. Dieser Ausschuss ist ständige.
2. Ein Gerichtshof regelt die Streitfragen zwischen den Nationen. Der Völkerverbundschoch richtet die nötigen Aufforderungen an die Nationen.
3. Ein internationales Parlament tritt jährlich einmal zusammen. Es wird besteht von Delegierten aller Nationen, die dem Bund angehören und beschäftigt sich mit der inneren Gesetzgebung.
4. Eine internationale Streitmacht wird geschaffen, bestehend aus Meer und Flotte.
5. Jede Nation muß innerhalb ihrer Grenzen einen Teil des Heeres bestimmen, der jederzeit auf Verlangen des Völkerverbundschochess überal zu stellen ist. Diese

Waffenmacht dient lediglich dazu, die Nationen zu zwingen ihre Differenzen ohne Krieg mit Hilfe des Völkerverbundschochess zu erledigen.

### Das Vorgehen der Polen.

Schneidmühl. Die Polen haben auf der Front zwischen Schneidmühl und Thorn die Artilleriekraftigkeit angesetzt. Ihre Panzerkräfte konzentrieren sie zwischen Schubin und Verbena, sie wollen einen Durchbruch nach Westpreußen versuchen.

### Amerika warnt die Polen.

Berlin. In einem Telegramm aus Washington werden die Alliierten gewarnt, daß die den Polen gelieferten Waffen nicht gegen die Zentralmächte gebraucht werden dürfen. Amerika und die Alliierten hätten die moralische Verpflichtung Deutschland gegen Angriffe von außen zu schützen, nachdem es die Waffen niedergelegt habe. Die Polen sollten gegen Moskau und die Bolschewisten kämpfen.

### Deutsche Lebensmittelschiffe in Newyork erwartet.

Amsterdam. In Newyork wird in der letzten Februarwoche das Eintreffen von 26 deutschen Lebensmitteltransportschiffen erwartet. Die Verfrachtlagen der Hamburger Amerika-Linie in Hoboken werden für die die Ankunft dieser Schiffe in Bereitschaft gesetzt. Seit 1. Januar d. J. sind 38 Lebensmittelschiffe nach Europa anslaufen.

### Was und wie wir zahlen sollen.

Washington. Die neue diplomatische Kreise erklären, man dürfe Deutschland keine allzu schweren Bedingungen stellen, sonst käme es in die Lage, damit zu argumentieren, daß man es erbeulie. Die Frage, ob von Deutschland dreißig oder fünfzig Milliarden Frank verlangt werden sollen, hängt ganz vom Ergebnis der Unterhandlung ab, die festzusetzen haben wird, welchen Betrag Deutschland zu zahlen vermag. Dieser Betrag würde durch den Vorkrieg sicher gestellt werden.

### Ebert - Scheidemann - Fehrenbach.

Weimar. Wenn auch die Verhandlungen zwischen den Parteien zur Stunde noch nicht definitiv abgeschlossen sind, kann doch mit größter Bestimmtheit gesagt werden, daß angenommen werden, daß Scheidemann den Polten des Ministerpräsidenten und Fehrenbach den des Präsidenten der Nationalversammlung erhalten werden. Die Wahl Eberts zum Reichspräsidenten scheint ohne jeden Zweifel gesichert zu sein.

### Keine politische Zensur.

Berlin. In den Blättern war von der Wiedereinführung der politischen Zensur die Rede. Der Leiter der zentralen Wahlüberwachungsstelle erklärte die Nachricht für völlig unzutreffend. Wir hätten wohl eine wirtschaftliche, aber keinerlei politische Zensur.

### Verunsicherte Meldungen.

Weimar. In der R. V. demontieren die Abgeordneten Gener. Vater und Sohn, die Nachricht, daß in Leipzig Aufrührer herrsche.

Dresden. Bei der Dresdener Stadtverordnetenwahl erhielten die Mehrheitssozialisten 89 Sitze, die Unabhängigen 4 und die vier bürgerlichen Blöcke zusammen 41 Sitze.

Amsterdam. Neuter meldet: Die von der Friedenskonferenz ernannte Delegation, die nach Polen gehen soll, hat heute nacht Paris verlassen.

### Politische Rundschau.

#### Deutsches Reich.

+ Frankreichs Verognis vor dem neuen deutschen Heer. Auf eine Anfrage über die Erneuerung des Waffenstillstandes erklärte der französische Minister Michon, die Lage sei ernst. Das deutsche Heer sei ein nicht zu vernachlässigender Faktor. Im übrigen weigerte er sich, nähere Angaben zu machen.

+ Eichhorn in Braunschweig. Nach Meldungen Berliner Blätter hält sich der ehemalige Berliner Vorkriegspräsident Eichhorn in Braunschweig auf und wohnt im dortigen Schloss. Die Braunschweiger Regierung soll ihm ein Anrecht gemäß haben. In Berliner Sparräumen freiten nicht man Eichhorn die Schuld an dem Verfall schloßen des Reiches bei, da er die Ereignisse überführt habe.

+ Volkmann Hollweg und die Auslieferung des Kaisers. Der ehemalige Reichszanzen veröffentlicht eine Erklärung, in der er darauf hinweist, daß er selbstverständlich die Verantwortung für alle Handlungen des Kaisers trage und sagt: „Ich lehne den Tag herbei, wo ich dazu beitragen kann, vor einem unparteiischen Staatsgerichtshof, dem allerdings von beiden Seiten alles Material zur Verfügung gestellt werden sollte, der Wahrheit zum Siege zu verhelfen. Selbstverständlich nehme ich dabei in Anspruch, daß meine staatsrechtliche Verantwortlichkeit für die politischen Handlungen des Kaisers auch von einem neutralen Staatsgerichtshof zur Grundlage seiner Entscheidung gemacht wird.“

+ Kein Reichsstatutenrat. Der Oberkommandierende Moske und der Kriegsminister Weinhardt haben, entsprechend der Regierungsauffassung, den Antrag der Konferenz der Staatspräsidenten auf Schaffung eines Reichsstatutenrats abgelehnt. Ob eine neue Konferenz der Reichs-Verträge stattfinden wird, ist noch unbestimmt.

Landtagswahlen in Koburg. Bei den Wahlen zur gleichgeordneten Landesversammlung für den Staat Koburg wurden abgegeben für die Wehrverbandslisten 20 558, die gemeinschaftliche Liste des Bürger- und Bauernbundes 14 508 Stimmen. Die Zahl der Stimmerteilnehmer betrug 7 Wehrverbandslisten, 3 Demokraten, 1 Deutschnationaler.

Entschädigung für das fächliche Königshaus. Die fächliche Regierung ist mit der Ausarbeitung eines Entwurfs über die Auseinandersetzung mit der Krone beschäftigt. Es wird ein großzügiger Vergleich angetrebt. Die Krone hat Anspruch auf Entschädigung, weil sie beim Zustandekommen der Verfassung im Jahre 1831 zahlreiche Güter an den Staat abgetreten hat.

Die preussische Landesversammlung soll, zu verlässlichen Berichten zufolge, möglichst bald zu einer kurzen Tagung zusammentreten und dann bis nach Ostern vertagt werden, wo die Hauptarbeiten begreifen, die sich vorwiegend bis zum Herbst hinziehen. Der Entwurf einer neuen Kreisordnung ist im Ministerium des Innern fertiggestellt und wird zu gegebener Zeit der Landesversammlung als Vorlage zugehen.

Das Reichskolonialamt bleibt! Die Nachricht, daß das Reichskolonialamt aufgelöst und als Unterabteilung des Auswärtigen Amt angegliedert werden sollte, trifft nicht zu. Es wird an zuständiger Stelle ganz im Gegenteil mit fester Überzeugung erachtet, daß dem Kolonialamt auch für die Zukunft ein großes Arbeitsfeld geblieben bleibt.

Sturz des alten Soldatenrats in Kiel. Das 1. Seebataillon in Kiel hat einstimmig auf Grund der Vorworte der vergangenen Woche den bisherigen Soldatenrat abgelehrt und einen neuen Soldatenrat gebildet, der ebenso wie das Seebataillon treu hinter der Regierung steht. Zwischen dem Obersten Soldatenrat in Kiel und den Offizieren der einzelnen Seebataillone besteht eine gewisse Spannung, die sich in einem Verbot der Besuche von Offizieren auf dem Seebataillon äußert.

Graf Potjomkin und die Sozialisierung. In einer Unterredung erklärte Graf Potjomkin über den Standpunkt der Deutschnationalen, daß diese Anhänger des privatwirtschaftlichen Systems seien. Die Aufteilung des Großgrundbesitzes in viele Kleingüter würde enorme Schwierigkeiten machen, zahllose Chauffen und andere Verkehrseinrichtungen fordern — eine Arbeit, die in einem Vierteljahrhundert nicht bewältigt wäre und sich unter den gegenwärtigen Umständen von selbst erledigt.

### Osterreich.

Begehrte Kundgebungen für Deutschland. In großen Massenversammlungen in Wien sprachen sich fächliche Redner unter begeisterten Beifall der Anwesenden für den Anschluß an Deutschland aus. Die großdeutsche Idee sei Gemeingut des deutschen Volkes in Osterreich geworden. Besonders einflußreich war die Kundgebung der deutsch-nationalen Studentenchaft Wiens. Sie schworen dem neuen Deutschland ewige Treue.

### Frankreich.

Ein Oberster Volksrat ist von der Entente geschaffen worden und besteht aus 5 Mitgliedern, je einem für Amerika, Italien, Frankreich und zwei für England. Dieser Rat hat alle die Fragen zu behandeln, die die Einfuhr von Rohstoffen für neutrale oder feindliche Mächte betreffen. Er ist eine Art Gegenstück zum Obersten Kriegsrat der Alliierten.

### Schweiz.

Sozialistenkonferenz und deutsche Kolonien. Auf der Internationalen Sozialistenkonferenz in Bern leitete der Franzose Renaudel die Aufmerksamkeit auf die deutschen Kolonien. Das deutsche Volk habe sein Kolonialrecht nicht, und infolgedessen müsse nach dieser Richtung auf die Pariser Konferenz Einfluß ausgeübt werden. Wels (Deutschland) erbat die Unterzeichnung des Kongresses für die fächliche Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich. Der Gehante moderner Sklaverei müsse in den Kreisen der Arbeiter aller Länder Erbitterung und Erregung hervorrufen. Eisner sprach den Deutschen das Recht ab, in der Gefangenentage einen Protest zu erheben.

### Belgien.

Deutschland soll 10 Milliarden bezahlen. Belgien verlangt von Deutschland eine Entschädigung von 10 Milliarden. Man beschäftigt sich augenblicklich schon mit der Möglichkeit, vorher einen Teil dieser Schuld auszusöhnen. Es wird die Ausgabe einer Anleihe von einer Milliarde in Belgien und einer anderen in gleicher Höhe in den Vereinigten Staaten in Aussicht genommen. Man will für die Anleihe nicht den Schluß der Pariser Konferenz abwarten.

### Großbritannien.

Soldatenaufrühr in London. In den letzten Tagen fanden in London mehrfach Soldatenkrawalle statt, an denen über 10 000 Uraiber und Soldaten, die sich infolge ihrer Dienstentlassung in London aufhielten, teilnahmen. Die Soldaten konnten infolge des Zustandes der Arbeiter der Untergrundbahn nicht weitertransportiert werden. Eine Anzahl, ungefähr 250 Personen, zog unter Drohungen nach der Wellington-Kaserne. Neun Anführer sind verhaftet worden.

### Italien.

Waffenbündnis-Anleihe? In römischen Banntreffen wird beharrlich von Unterhandlungen wegen einer großen internationalen Anleihe gesprochen, welche für die Ziele des Wafferbundes bestimmt sei. Aus dieser Anleihe sollen jene Staaten, deren Finanzen durch den Krieg am meisten gelitten haben, unterstützt werden.

### Aus In- und Ausland.

Libert. Bei den Wahlen zur Bürgerschaft errangen die Sozialdemokraten von 80 Sitzen 42. Auf die Demokraten entfielen 29, auf die Deutschnationalen 6 und auf die mit den Deutschnationalen verbundenen Landbesitzer 3.

Paris. Laut Angabe des Kriegsrates sind vom Jahre 1914 bis 1918 41 französische Generale getötet worden.

Graz. 600 Mann einer kroatischen Regiment, welche von Entschloß am Anger gegen Rabersburg transportiert werden sollten, meuterten mit der Erklärung, daß sie in diesem Gebiet nichts zu suchen hätten.

London. Laut einem Erchangetelegramm aus Kopenhaagen hat die bolschewistische Regierung beschlossen, alle männlichen Personen in Russland, gleichgültig welcher Nationalität der Roten Garde einzuverleiben.

—w Weimar, 10. Februar. Die Nationalversammlung hat in ihrer heutigen Sitzung mit 276 von 379 abgegebenen Stimmen Ebert zum provisorischen Reichspräsidenten gewählt.

### Odenburger Landtag.

(b) 12. ordentliche Sitzung am Dienstag den 11. Februar. Präsident Schröder eröffnete die Sitzung um 10 Uhr. Nach Eintritt in die Tagesordnung werden die Nachweisungen der steuerlichen Belastung der Gemeinden des Herzogtums für 1915/16, sowie die Rechnungen der Zentralkasse des Freistaats für 1917 genehmigt. Zu den Kosten der Ausschließung des Zwinger-Mooses wurden bis zu 55 000 Mark zur Verfügung gestellt. Beschlissen wird, die Beihilfen an begabte Schüler unbemittelter Eltern soll nunmehr auch auf das an den Besuch einer höheren Schule sich anschließende Universitätsstudium ausgedehnt werden. Der Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 46 Millionen Mark wird zugestimmt. Gleichzeitig wird das Direktorium ermächtigt, weitere Anleihen aufzunehmen, sofern dies erforderlich wird. Den Mitgliedern des Landtages wird für die Zeit, während der die diesjährige ordentliche Versammlung vom 23. Januar 1919 an fortgesetzt wird, eine tägliche Vergütung von 21 Mark gewährt. In die Odenburger anfassigen Abgeordneten erhalten die Säbste — also nur 10,50 Mark. — Der Ausgabe von Votgeld bis zum Höchstbetrage von 3 Mill. Mark in 10 und 20 Mark-Scheinen stimmt der Landtag nachträglich zu. Zwei Forstbeamten wird je eine Ausgleichzulage von 300 Mark gegeben. Zur Förderung von Kleinbauern werden 300 000 Mark bewilligt, desgleichen 5000 Mark zur Wiedereinrichtung und Unterhaltung einer Zeichenschule in Odenburg.

Der Entwurf eines Gesetzes wegen Gewährung einer einmaligen Zulage an die staatlichen Beamten, Angestellten und Arbeiter, sowie an Lehrer an den Volksschulen und an den landwirtschaftlichen Wirtshäusern wird in erster Lesung angenommen. Die einmalige Zulage beträgt 300 Mark und 50 Mark für jedes Kind. Gleichfalls angenommen wird der Entwurf eines Gesetzes wegen Gewährung eines Gehaltszuschlages an Zivilstandsdiener, Gendarmen und Lehrer an den Volksschulen. Die Kosten hierfür betragen rund 2 522 000 Mark. Die Eisenbahner erhalten diese Zulage nicht, weil sie bereits eine Zulage von monatlich 100 Mk. erhalten haben. Dertrag für die Ausgaben ist nicht vorhanden. — Das Eruchen der Staatsregierung um Veränderung der dem Ziegeleibesitzer G. Kettler in Odenburg unterm 24. Juli 1917 erteilten Urkunde über Verleihung des Bergwerkeigentums wird abgelehnt. — Der Landtag hält die Beibehaltung der Vorleser für nicht mehr zeitgemäß, sondern wünscht, daß im Anschluß daran, der Besuch der höheren Schulen möglich wird.

### Aus der Heimat — für die Heimat.

Westerstede, 12. Februar 1919.

Wegen eingetretener Tauwitters findet morgen (Donnerstag) das Koochschießen gegen Abheben nicht statt.

(o) Der Turnverein Westerstede will am kommenden Sonntag eine Winter-Turnfahrt nach Torsholt-Wassje machen. Abmarsch nachmittags 2 Uhr vom hiesigen Marktplatz aus.

[ ] Die am morgen (Donnerstag) nachmittag von der Ortsgruppe Westerstede des Bundes zum Schuge der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen angelegte große öffentliche Protestversammlung findet nicht im Wv. Buhre'schen, sondern im W. Genter'schen Gasthose hier statt.

(—) In der am Sonntag abgehaltenen Generalversammlung des hiesigen Kriegervereins, welche nur von etwa 20 Mitgliedern besucht war, erbatete der Vorsitzende zunächst den Jahresbericht über das abgelaufene Vereinsjahr. Die vom Rechnungsführer aufgestellte Jahresrechnung führt an Einnahmen 507,36 Mark und an Ausgaben 384,74 Mark aus. Es ist mithin ein Kasienbestand von 122,62 Mark vorhanden. Sinzu kommen noch 308,22 Mark belegte Gelder, sodah sich das Vereinsvermögen am Schluß des Jahres 1918 auf 430,88 Mark stellte. Der Verein zählt zur Zeit 176 ordentliche Mitglieder, 1 Ehrenmitglied und 2 Vereinsfreunde. Die Vorstandswahl wurde dadurch erledigt, daß auf Wunsch der Versammlung der bisherige Vorstand (Georg Meinen Vorsitzender, Adolf Meyer stellvertretender Vorsitzender und Geh. Deljenbruns Kassierführer) sich bereit erklärte, die Geschäfte vorläufig weiter zu führen. Nur für den stellvertretenden Schriftführer Hr. Biele, der sein Amt wiedergelegt hat, wurde Kamerad Otto Ludwig gewählt. Ferner sind wiedergewählt worden: H. Mannefmann als Fahnen-träger, Gust. Fortmann als dessen Stellvertreter, F. Uffen und G. Ehlers als Fahnenjunker und Georg Janßen als Vereinsbote. — Zum Schluß wurden 7 neue Mitglieder in den Verein aufgenommen.

Hierauf folgte die Generalversammlung der Sterbefälle des Vereins. Die Rechnungsablage ergab eine Einnahme von 662,80 Mark und eine Ausgabe von 639,02 Mark. Bleibt Kasienbestand von 23,78 Mark. Das Gesamtvermögen der Kasie beträgt 4133,47 Mark. Im Jahre 1918 sind 6 Mitglieder und ein Vereinsfreund gestorben.

(H) Im vergangenen Sonntage fand in Odenburg eine Versammlung von Ausführlmitgliedern der Kriegsbefähigten-Vereine für den Freistaat Odenburg statt. Neun Vereine waren vertreten, darunter Westerstede, 6 neue Vereine bilden sich in den nächsten Tagen. u. a. wurde festgestellt, daß unsere Aufgaben sich immer mehr vergrößern und zahlreicher werden. J. B. Wer ist kriegsbefähigt? Wir können da nicht die Grenzen so eng ziehen wie beim Militär, sondern es gehören alle Kriegsteilnehmer dazu, die irgendwo und irgendwo durch den Krieg befehigt sind und werden, also auch die, die sich eine innere Krankheit zugezogen haben, die jetzt ihren Beruf wechseln müssen, die kein eigenes Heim haben, die wirtschaftliche Unglücksfälle erleben usw. Aber auch den Kriegs-Witwen und -Waisen müssen und wollen wir helfen. — Weiterhin will und kann die Regierung nur mit Vertretern der beiden großen Kriegsbefähigten-Vereine ver-

handeln. Nur diese haben in der Regierung Sitz und Stimme. Wollt ihr Kriegsbefähigten (im weitesten Sinne des Wortes) eure Forderungen also durchsetzen, wollt ihr geholfen und gestützt sein, so müßt ihr euch den Kriegsbefähigten-Vereinen anschließen. Macht diese „groß und stark“, dann setzen wir alle unsere Forderungen durch. — Weiter findet am 30. März in Odenburg, Haus Schönd, der erste Vertretertag des Verbandes der Kriegsbefähigten und Kriegsteilnehmer für den Freistaat Odenburg statt. Drei Redner aus Berlin und Odenburg werden da aufklärend wirken. Jeder ist herzlich willkommen. —

o Bad Zwischenahn. \* Jetzt ist so recht die Zeit der Jahresversammlungen der Vereine. Viele Vereine, die während des Krieges ruhten, regen sich jetzt wieder. So der Schützenverein, der Sonntag im Schützenhof seine Mitglieder versammelt hatte. Die Wahl des Vorstandes war nachzuziehen, was geschah. Beiträge wurden voll für 1914 und das laufende Jahr erhoben, für die andern Jahre nur ein Teilbetrag. Die Schießstände haben sehr gelitten und erfordern große Mühe, wenn sie gut wieder instandgesetzt werden sollen. Ein Bahndamm überquert jetzt die Stände und den Schützenplatz. —

o Freie Bahn dem Tüchtigen. Mehr denn je heißt es in dieser Zeit die Kräfte regen, denn wenn wir teilhaben wollen an den Segnungen der Zukunft, so müssen wir auch teilnehmen an den, vielleicht nicht immer einfachen Arbeiten des Wiederaufbaus. Und diese Arbeit ist trotz allem und allem verlockend. Soll sie sich doch vollziehen im Zeichen der Parole: Freie Bahn dem Tüchtigen. Alle Volksschichten und politischen Parteien, alle wirtschaftlichen Körperschaften und politischen Programme sind sich einig darin, daß künstlich für den sozialen Aufstieg einzutreten sein soll. Jedem also, der die Kräfte in sich fühlt und in dem sich der Trieb reagt, hohe Ziele zu erreichen, bietet sich die Gelegenheit, unbekannt durch die Schranken, die sonst wohl schwerer zu überwinden sind, das zu erreichen, was er sich vorgelebt hat. Freilich! Es will auch heute, wie immer viele Verufen geben, aber es werden auch heute noch, wie einst, nur wenige ausgemacht sein. Das freie Spiel der Kräfte aber wird häufiger wie früher die maßhalt Tüchtigkeit an ihrem Ziele führen. Darum frisch auf. In die Arbeit. Das ganze Vaterland ist heute Neuland, das des Umbaus und Neubaus harret.

(j) Das Ergebnis der Viehzählung vom 4. Dezember v. J. eröffnet für die Fleisch- und Milchversorgung Deutschlands trübe Aussichten. Der Rindviehbestand beträgt 17 226 855, das sind 2/3 Millionen weniger als im Vorjahre. Schweine sind nur 10 080 375 vorhanden, eine halbe Million weniger als im Dezember 1917. Die Schafe zeigen mit 5 299 008 Stück und die Ziegen mit 4 137 259 ebenfalls eine erhebliche Verminderung. Starf gelunten ist das Ferkelvieh. Nur die Kammingen haben sich von 9 Millionen auf 11 Millionen vermehrt. —

(h) Odenburg, 11. Februar. In der Rudelsburg fand gestern abend eine überaus zahlreich besuchte Versammlung statt, in der man sich mit den Vorgängen in Bremen gelegentlich der letzten Unruhen beschäftigte. Die Odenburger SK. haben hier aktiven Anteil an den Kämpfen genommen und zu ihrem Teil auf eine Schlichtung der Streitfragen hingewirkt, es auch verstanden, daß die Kämpfe nicht auf Odenburger Gebiet übertragen wurden. In der Versammlung kam es sodann zu einer lebhaften Aussprache über die Lebensmittel- und Rohstoffeuerung. Auch hinsichtlich der Kartoffel- und Lebensmittelverteilung wünschte man eine gründliche Veränderung und einen Wechsel beim Personal. — Die Fragen sollen geprüft werden. — Der hiesige Soldatenrat hat jetzt nachgegeben und beschloffen, sich in seiner jetzigen Zusammensetzung aufzulösen, entsprechend der Verfügung des Kriegsministeriums. — Infolge der hier verschiedentlich vorgekommenen Einbruchsdiebstähle verlangen die in der Umgegend anfassigen Landleute, daß sie sich bewaffnen dürfen, um sich und ihre Angehörigen gegen Einbrecher wirksam verteidigen zu können. —

—\* Müllringen, 11. Februar. Der Stadtmagistrat und der Gesamt-Stadtrat haben gestern in einer gemeinschaftlichen Sitzung beschloffen, einer Vorlage des Stadtmagistrats zuzustimmen, welche mit Wirkung vom 1. April d. J. die Erhebung Müllringen zu einer Stadt erster Klasse unter Fortfall des Amtes Müllringen vorsieht. —

—\* Hengillage. Mittels Einsteigens sind in der Nacht vom 31. Januar zum 1. Februar ds. Jz. dem Landwirt Hermann Müller hiersehlst von dem Wiemen des Viehhauses folgende Sachen gestohlen worden: 3 Seilen Speck, 60 Pfd. schwer, 2 Schinken, 40 Pfd. schwer, 23 lange Mettwürste, je 1—3 Pfd. schwer, im Gesamtwerte von 750 Mark. Als Täter kommen zwei Männer im Alter zwischen 20 und 30 Jahren in Frage; einer derselben war groß und trug einen dunklen Mantel; der andere war klein und trug gelbgraue Uniform und hatte einen schwarzen Schnurrbart. —

(o) Ut Olfreesland. Kiel, Kiel, dar hebben wi 't weer. Gett meet de Dübbele, de in elfte Dräcker siid herumdreift, sien Hand in d' Spill hatt un de Wiemen van Agvir sien Leste. Man in Neme ver—betert? De Dame sall darover so bonnig lacht hebben, dat glets Water up d' Jz thoom un dat Koochschießen in d' Parometer oör Verballerheit in de Höchde gung. Jz alltied elk antoerden, bi d' Schöfellen siid vörrechen, nu eerst recht. Wie siid all Midde Februar un dar beet dabsogver mehr up as nachs' fröh. Sönddag namiddag brot in Rabensburg een junk Wicht oör d' Jz. Gläddeker Wieje was Hülpde in de Raberstep un so si se mit 'n nat' Padje v'woonten. — In den Kampool bi Rabensburg funnen der Jungs Sönddag wörmidagd een vulle Oranade, de se misleipten. Unnerwegs leet de Jährige Johann Fiedert dat Moord-Instrument fallen. Een Knall un de lütze Mann lagg dood in den Grund, een von sien Kameraden wur imar bejeert, de darde thoom mit de Schrid d'rov. Wo faken is dat seggt, wo faken sörven, laat alles ligen, wat si neet kennen, gah' nargens bi, loopt neet up d' Jz, gah' neet na verbodene Staken toe baden — 't baat nij, alltied hört man weer van Unglück. —

**Ämtliche Bekanntmachungen.**

**Wnt Westerstede.**

Westerstede, den 5. Februar 1919.

Durch Bekanntmachung der Kriegs-Rohstoff-Abteilung Berlin sind nachstehende Bekanntmachungen außer Kraft gesetzt: Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme und Besondere Erhebung von ladungsbereitigen Stoffen, Bekanntmachung betreffend Höchstpreise für Eisen, Stahl und Walzenerzeugnisse, Bekanntmachung betreffend Versorgung des Heeres mit Nadelholz, Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme und Höchstpreise von Tierhaaren, deren Abgängen und Abfällen sowie Wäffeln und Abgängen von Wollfellen, Haarfellen und Pelzen und die hierzu erlassene Nachtragsbekanntmachung. Vom 10. Jan. 1919 bis zum 31. März 1919 tritt außer Kraft die Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme, Höchstpreis, Meldepflicht und Verkaufspflicht für Lederabfälle. Ferner sind Änderungen eingetreten in den Bekanntmachungen, betreffend Besondere Erhebung von tierischen und pflanzlichen Spinnstoffen und daraus hergestellten Garnen und Seilsäden; betreffend Beschlagnahme, Meldepflicht und Höchstpreise von rohen Großwollhaaren und Rohgarnen und Kalb-, Schaf-, Kamms- und Ziegenfellen; betreffend Beschlagnahme, Besondere Erhebung und Höchstpreise für Leinwand, Robberzeug, Toluol, Benzol und sonstige benzol- und benzolhaltige Körper; betreffend Besondere Erhebung und Beschlagnahme von Chemikalien; betreffend Besondere Erhebung und Beschlagnahme von Schmiermitteln. Außerdem ist eine Bekanntmachung erlassen worden, betreffend ein Verbot der Verfrachtung einer Reihe von Waren unter Verwendung von Wolle, Kunstwolle, Baumwolle, Aunbaumwolle, Kunstleinsamen, europäischer und überseeischer Datteln, Jute, Kamele, Seide, Kunstseide und Stopfsamen und den bei der Verarbeitung dieser Rohstoffe entstehenden Abfällen.

Die Bekanntmachungen können bei dem Ämte und den Gemeindevorständen, bei den Handels-, Handwerks und Landwirtschaftskammern und bei der Kriegsstoffstelle, Hannover, Georgstr. 19/20 (Haus Continental) eingesehen werden. Mü n c h e n d r o d.

**Der Vorsitzende des Schätzungs-Ausschusses der Gemeinde Westerstede.**

Westerstede, den 7. Februar 1919.

Die Steuerrolle der Gemeinde Westerstede liegt vom 15. d. Mts. bis zum 28. d. Mts. einschl. im Geschäftszimmer des Gemeindevorstandes zur Einsicht der Beteiligten zur Einsicht der Steuerpflichtigen aus. Die Einsicht ist jedem in der Rolle bezeichneten, jedoch nur in Bezug auf seine eigene Steuererklärung gestattet.

Gegen das Ergebnis der Veranlagung steht den Steuerpflichtigen das Rechtsmittel der Einspruch zu. Der Einspruch ist innerhalb einer Ausschlussfrist von 8 Wochen, beginnend mit dem auf den Ablauf der Anlegungszeit folgenden Tage, bei dem unterzeichneten Vorsitzenden des Schätzungs-Ausschusses zu erheben, also spätestens am 21. März 1919. In dem Einspruch müssen die Gründe, aus welchen die Veranlagung angefochten wird, angegeben werden. Einwände, die nicht auf dem Inhalt der Steuererklärung beruhen, können dabei benannt werden. Bei unbegründeter Einlegung von Rechtsmitteln hinaus der Steuerpflichtigen sollen diese die Kosten zur Last. Die Zahlung der veranlagten Steuer wird durch die Einlegung von Rechtsmitteln nicht aufgehalten.

Für die ausbleibenden Steuerpflichtigen, an welche nach Artikel 48 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes und Artikel 33 des Vermögenssteuergesetzes eine besondere Benachrichtigung über ihre Veranlagung zu erfolgen hat, ist die obige Einspruchsfrist nicht maßgebend. Mü n c h e n d r o d.

**Der Gemeindevorstand.**

Westerstede, den 12. Februar 1919.

Die Auszahlung der Familienunterstützung findet am Montag den 17. ds. Mts., vormittags, im Gemeindebüro statt. L a n j e.

**Versicherungsverein a. G. des Verländischen Herdbuchvereins zur Versicherung von Zuchtbullen.**

Die Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 1918 liegt vom 14. bis zum 28. Februar d. J. bei der Geschäftsstelle in Jever zur Einsicht der Beteiligten aus. Jever, 6. Februar 1919.

H i n r i c h M ü l l e r.

**Die Anbauverträge auf Frühkartoffeln**

Können am Freitag den 14. d. Mts. bei mir unterschrieben werden.

**Zwischenahn. Heinr. Kruse.**

Tischler sucht Wohnhaus zu kaufen oder mieten. Strecke Westerstede-Zwischenahn-Oldenburg bevorzugt. Off mit Preisangabe und Plan, Postlagernd W. B. 1117 Wilhelmshaven.

**Halsbek.**

Bestellungen auf **Gras- u. Kleeheu** beste, leimfähige Saaten, nehme entgegen. W. Grünjes.

**Kartoffel-Ablieferung**

3 Flächen an. Es liegt dringender Bedarf an frühen **Blanzkartoffeln**

vor. Umgehende Anmeldung der abzuliefernden Mengen, (auch Rosenkartoffeln) unter Angabe der Sorten, erbeten.

**L. Kullmann.**

**Öffentlicher Verkauf.**

Apen. Für Betr. Rechnung sollen am

**Freitag d. 28. Februar,**

nachm. 2 1/2 Uhr anfr., in und bei dem Hause des Gastwirts **Georg Kuhlmann** in **Sokel** folgende Gegenstände gegen Bar und auf Zahlungsfrist an den Meistbietenden verkauft werden:

1 sehr gut erhaltene **Stubeinrichtung**,

bestehend aus: Vertikow, Sofa, Tisch, Spiegel, Schrank, Spiegel und 4 Stühlen,

ferner: 1 Diplomatenschreibtisch mit Aufsatz, 1 kleiner Schreibtisch mit Aufsatz, 2 Elementische, 2 Blumenhänder, 1 Kaffeetisch, 1 Waschtisch, 1 Kugelhocker, 1 kleiner Tisch, 1 Bettstelle m. Matratze, 1 Regulator, 1 Kinderportwagen, 2 Hängelampen, 2 große Wandluster, 1 blauer Rattenwagen, 1 gut erhaltenes Damen-Fahrrad mit Gummi, 1 Herren-Fahrrad mit Gummi, 1 Schweinetrog, 1 Freilettung, 1 Säge, mehrere eiserne und hölzerne Kässe, Balen und sonstige Hausgeräte.

**Janßen, Auktionator.**

**Holzverkauf**

3 Flächen an. Der **Hausmann Joh. Hotschhausen** läßt am

**Dienstag den 18. Februar,**

nachm. 2 Uhr anfr., in seinem Fuchse „Hafeldingen“ zu **Haaren** etwa **einige Hundert Haufen** gefällte **Eichen**

Bau- und Wagenholz, auch **Nadelbäume**, sowie mehrere Haufen **Feuerholz**

meistbietend verkaufen, wozu **Kaufliebhaber** einladet **J. S. Hinrichs**

**Apen. Kriegsstiefel**

mit sehr starkem Oberleder, sind in allen Größen wieder vorräthig.

**J. H. Tebje.**

**Südedewecht.**

Alle, die sich für die Errichtung einer **privatwirtschaftlichen Schule am Südedewechterdam** interessieren, wollen sich am **Sonntag den 16. Februar d. J., um 3 Uhr nachm.,** in **J. Dühmes Gasthaus** einfinden. **Mehrere Einwohner.**

**Apen. Gras- u. Klee-Sämereien**

in bester keimfähiger Ware eingetroffen. Bestellungen baldigst erbeten.

**J. H. Tebje.**

**Fleischverkauf**

Meinen geehrten Kunden zur Nachricht, daß der

**Freitag den 14. ds. bestimmt**

**Verkaufe den im Herbst 1918**

mit 32 Punkten angehöriten, schön gezeichneten **Ferkeln**

**Fuchswallach**

Verkaufe den im Herbst 1918 mit 32 Punkten angehöriten, schön gezeichneten **Ferkeln**

**Bullen**

Windhorst 16" besser Abbaumung, B: Pr. St Windhorst, M: Almutz 2 52.

**Johann Jürgens, Groß-Verdum d. Bahnhofs**

**Öffentlicher Verkauf**

Apen. Der Landwirt **Wilhelm Janßen** in **Aperberg** als Vormund der minderjährigen Tochter des im Felde gefallenen Landwirts **L. S. Caspers aus Nordloh** läßt am

**Sonntag den 15. Febr.,**

nachm. 2 Uhr anfr., in und bei dem **Casper'schen** Wohnhause folgende Gegenstände aus:

1 kräftig. **Arbeitspferd** (12 Jahre alt),

2 **Milchkühe**, nahe am Kalben stehend,

1 **Rind**,

20 **Hühner u. 1 Gans**,

1 **Wagen** mit Aufzug, 1 **Pflug**, 1 **Egge**, 1 **Staubmühle**, 1 **Dreschmaschine** mit Göpel, 2 **Karren**, 1 **Schnebelade** mit **Wasser**, 2 **Milchfässer**, 1 **Paar Heurichten**, 1 **Senfe**, **Spalten**, **Häuten**, **Forzen**, verschiedene **Werkzeuge** etc.,

ferner 1 **Klebeisenschrank** 1 **Glasschrank**, 1 **Dugend Stühle**, 1 **Tisch**, verschiedene **Tische**, **Elmer**, **Balgen**, **Porzellan**, **1 Te. Kessel**, 1 **Pfanne**, **Kaffeemühle** und verschiedene andere **Haushaltungsgegenstände**

Öffentlich meistbietend durch mich verkaufen.

Kaufliebhaber wollen sich rechtzeitig in der **Casper'schen** Wohnung in **Nordloh** versammeln.

**Jansson, Aukt.**

Ich habe mich in **Emden**, Ringstr. 71 (Hansahaus), als **Facharzt für Magen-, Darm- u. Stoffwechselkrankheiten** niedergelassen. **Praxisstr. 9-10, 3-5.** **Dr. Julian Kretschmer.** Vor dem Kriege langjähriger Assistent der Poliklinik von Prof. Aiba u. Berlin.

**Öffentlicher Verkauf**

Apen. Für betreffende Rechnung sollen am

**Freitag den 21. Februar,**

nachm. 2 Uhr, beiden Gebäulichkeiten des **Bauernhymers Dietrich** in **Sokel** folgende Gegenstände an den Meistbietenden verkauft werden:

1 **Altkarwan**, 1 **Erdbüchse**, 1 **Einpännerdechsel**, 2 **Paar** **Wagenaufzüge**, **Wagenbleien**, **Torscheiden**, 4 **Paar** **Heurichten**, **Pferdestepp**, **Pferdeaufzug**, 2 **Doppelknüppel**, **Wagenketten**, **Wagenhebe**, **Quantität** **Wagenfett** (Friedensware), 1 **eiserne** **Egge**, 2 **Pferdegeschirre**, **lederne** **Kreuzleine**, **Baumzeug**, **Halfter**, 1 **Paar** **Delbeden**, 1 **Hebevorrichtung**, **Hundehaus**, **Taubenschlag**, **Kinderschützen**, 1 **Schleifmaschine**, **Schleifwerkzeuge**, 3 **Gewehrteile**, 50 **Geräthstücke**, **Fenster** mit **Glas**, **Gramophon** mit **Platten**, **Blumenhänder**, 1 **Bademwanne**,

ferner: 1 **zweiflüg.** **Hausstuhl** mit **Rahmen** und **Oberstuhl**, 1 **enflügl.** **Hausstuhl** dito, 3 **Fenster** mit **Glas**, 3 **bito** **ohne** **Glas**, 3 **neue** **Subentwürfen**, 3 **Rommoden** 2 **Wasserschle**, 1 **elch.** **Eckschrank**, 1 **Bücherschrank**, 1 **Wingmaschine**, 1 **Küchenschiff**, 4 **Stühle**, 1 **vollständiges** **Bett** und was sich sonst noch alles vorfinden wird

**Jansson, Aukt.**

**Ziege**

Zu verkaufen eine **weiße** **milchgebende**

**Stute (Pony)**

**Sprechstunden in Westerstede**

wieder aufnehmen und an den Terminen (**Dienstag**) von 9 bis 1 Uhr auf dem Amtsgericht und im **Bahnhofs-Restaurant** (Schmale) anzutreffen sein.

**Dr. jur. G. Feldhus, Rechtsanwalt,**

**Oldenburg, Bahnhofsstr. 23.** **Etzelle** **mißbegabten** **jungen Mädchen**

**Unterricht im Gesang**

in **Hause d. Schülerinnen.** **Frau Amalie Jaspers.**

**Ev. Lehrenten-Seminar**

**Neuenburg.** **Aufnahme:** 23. April. **Anmeldung an** **Direktor Bernh. Gerbrecht.**

Verloren auf der **Peter- oder Langenstraße** bis zur **Post** verschiedene **Geldscheine**. Der **ehrl. Finder** wird gebeten, es abzugeben bei **H. Haenckamp.**

Verloren eine **Pferdedecke** von **Eggeloge** nach **Moorwinkelsdamm**. Wegen **Belohnung** abzugeben bei **Hobbenstecken-Moorwinkelsdamm**. **D. Mühlgraben**

**Suche** für die **Nachmittagsstunden**

**Frau o. Mädchen**

zur **Aushilfe** in der **Fäberei.** **Fritz Stiens, Hülshede.**

**Ia. Karbid,**

somit **lieferbar**, **Pfund 80 Pfg** **W. Röben, Halbeck.**

**Bezugs-Genossenschaft**

**Linsewe.** **Diejenigen, welche**

**Saatgetreide**

bestellt haben, wollen sich am **Sonntag** nachmittags in **Neemanns** **Gasthof** zwecks **Ausstellung** des **Saatkarten-Antrages** einfinden, von **2-3 Uhr** für **Linsewe**, von **3-4 Uhr** für **Petersfeld** **Garnholt**, von **4-5 Uhr** für **Burgförde**. **Der Vorstand.**

**Linseweger Ruhlfasse.**

**General-Versammlung** am **Sonntag** den **15. Februar**, **abends 7 Uhr**, in **Hampelbiers** **Wirtschaft**. **Tagesordnung:** 1. **Jahresbericht** und **Rechnungsablage**, 2. **Wahlen**, 3. **Beschließungen**. **Rückständige Beiträge** sind bis **dahin** zu **entrichten**. **Der Vorstand.**

**Jeddeloh I.**

**Sonntag** den **16. Febr.**

**Ball**

**Entrée:** **Herren** 2 **Mk.**, **Damen** 1 **Mk.**, **wofür** **freier** **Tanz**. **Hierzu** **ladet** **freundl.** **J. D. Kroys.**

**Landw. Verein  
Ammerland.**

**Versammlung**

am **Sonnabend den 15. Februar**, nachmittags 4 Uhr, in **Meyers Gasthof in Zwischenahn.**

- Tagesordnung:
1. Wahl des Vorstandes.
  2. Vortrag über Schafzucht und Gründung eines Schafzucht-Vereins. Redner Herr Direktor Heinen.
  3. Was will der Landbund? Redner Herr Prof. Dr. v. Wenckstern, Oldenburg.
  4. Eingänge u. Verschiedenes.
- Um rege Beteiligung, auch von Seiten der Damen, bittet der Vorstand.

**Arbeitskommende Kostpr.**

**Versammlung**

am **Mittwoch den 19. Februar**, abends 6 Uhr, in **zu Klampens Gasthaus.**

- Tagesordnung:
1. Rechnungsablage.
  2. Verwendung d. s. Ueberflusses.
- Der Vorstand.

**Kloostschier Verein  
Eggenlohe.**

Am **Sonntag den 16. ds. Mts.**, nachm. 2 1/2 Uhr

**Probewerfen**

beim Vereinslokale. Nachdem

**Versammlung.**

Alle Mitglieder und Freunde des Kloostschier Sports sind freundlichst eingeladen.

Der prov. Vorstand.

**Gesangverein Eintracht  
Ohrwege.**

**General-Versammlung**

am **Sonntag den 16. Februar**, abends 7 Uhr, im Vereinslokale. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen bittet der Vorstand.

**Burgfelde.**

**Großer Ball**

wozu freundlichst einladet **Wih. Heinemann.** Eintritt 1 Mk., wofür freier Tanz.

**Helle,**

**Tanzmusik,**

Eintritt 1 Mk., wofür freier Tanz, Hierzu ladet freundlichst ein **G. Wachtendorf.**

**Klein-Scharrel.**

**Ball,**

wozu freundlichst einladet **R. Fried.**

**Augustfehn.**

**Fahrräder u. Nähmaschinen**

aller Systeme werden sauber und billigst bei mir repariert.

Beste Ersatzteile auf Lager.

Neueste Gummi- und Ersatzbereifung von den nächsten Tagen an lieferbar.

**Gustav Achtermann**

Reparaturwerkstätte für Fahrräder u. Nähmaschinen usw.

**Kleines Obstgut**

oder gutes Wohnhaus mit Land, Nähe der Stadt, zu pachten **gesucht,**

ev. mit Vorkaufrecht. Briefe mit Aufschrift R. D. 50 an Büttners Annoncen-Expedition, Oldenburg i. Gr., „Gandelsloh“.

**Dentist Schmidt**

**Oldenburg,** Goltorpstr. 1 (gegenüber der Landesbank), Tel. 1236. Atelier für moderne Zahnheil- und Ersatzkunde. Sprechstunden: 9-1 vormittags, 2-6 nachmittags, Sonntags von 9-12 Uhr.

**Zwischenahn. Meyers Hotel.**

Am **Freitag den 14. Februar**, abends 7 1/2 Uhr anfang.

**Militär-Konzert,**

ausgeführt von der Kapelle des Inf.-Reg. 91 unter persönlicher Leitung des Herrn Musikleiters Teichmann. Eintritt 1.50 Mark. — Nachher:

**BALL**

Hierzu ladet freundlichst ein **Teichmann. G. Meyer.**

**Deutsche demokratische Partei.**

**Parteilanggedulde! Mühet Euch!**

Es gilt den zweiten Wahlgang! Diesmal für die rein **Oldenburger** Sache,

**für unsere Staats-Erhaltung!**

Flaut nicht ab bei der unablässig zu betreibenden Verarbeitung. **Wenber, Werberinnen** in Stadt und Land, unterrichtet Euch untereinander.

Zu jeder Hilfe, ist bereit Euer **Zentralbüro, Oldenburg,** Langestraße 67.

**Turnverein Westerstedde**

**Sonntag den 16. d. M.**

**Winter-Turnfahrt**

nach Torsholt-Marje. Abmarsch 2 Uhr nachmittags vom Marktplatz. Teilnehmer wollen sich bis Donnerstag den 13. abends in die bei Henken ausliege eintragen. Um zahlreiche Beteiligung bittet der Vorstand.



**Krieger-Verein Einswege-Petersfeld-Gandehol.**

**Freitag den 14. Februar:**

**Ball.**

Anfang 7 Uhr. Eintritt 1.50 M., wofür freier Tanz. Hierzu ladet freundlichst ein **der Vorstand. G. Hamjediere.**



**Kriegerverein Halsbek.**

Am **Sonnabend den 15. Februar**

**Begrüßungs-Fest**

für die heimkehrenden Krieger in Grünjes Saal. Anf. 7 Uhr.

**Konzert — Kommerz BALL.**

Alle Krieger und Feldgrauen mit ihren Angehörigen im Besitze unseres Vereins sind herzlich eingeladen. **Der Vorstand.**



**Krieger-Verein Jeddelloh 2.**

Am **Sonntag den 16. Februar**, abends 7 Uhr,

**General-Versammlung**

im Vereinslokale. Tagesordnung: 1. Rechnungsablage, 2. Wahl des Gesamtvorstandes, 3. Aufnahme neuer Mitglieder, 4. Verschiedenes. Zahlreiche Beteiligung dringend erwünscht. **Der Vorstand.**

**Langebügge.**

Am **Sonntag den 9. März**

**Ball**

Eintritt 1 Mk., wofür freier Tanz. Es ladet freundlichst ein **E. Keilers.**



Ihre Verlobung beehren sich anzukündigen:

**Anna Reil**  
**Georg Wachtendorf**  
Jeddelloh 2. Jeddelloh 2. Edewecht.

**Ammerländer Reitklub**

**General-Versammlung**

am **15. Februar**, abends 7 1/2 Uhr, in **Busch Hotel** zu **Westerstede.**

Tagesordnung: 1) Neuwahl der Vorstandsmitglieder; 2) Rechnungsablage; 3) Aufnahme neuer Mitglieder; 4) Verschiedenes.

**Der Vorstand.**

**Augustfehn.**

Am **Sonntag den 2. März:**

**Großer Ball**

Anfang 6 Uhr. Eintritt für Herren 1.50 Mk., für Damen 1 Mk., wofür freier Tanz. Es ladet freundlichst ein **R. Janssen.**



Statt Karten!

Die Verlobung unserer Tochter **Anna** mit dem Lebnitt Herrn **Joh. Behlen, Petersfeld**, beehren wir uns anzukündigen.

**G. Haake** und Frau, Joh. geb. Boiten, **Petersfeld b. Westerstede.**

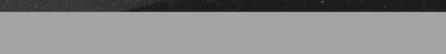
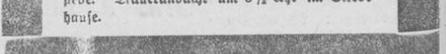
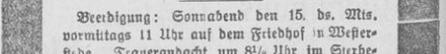
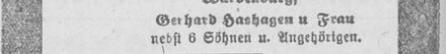
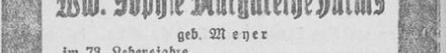
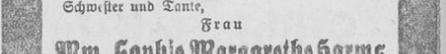
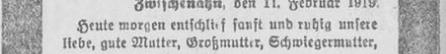
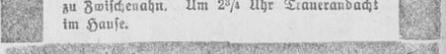
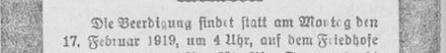
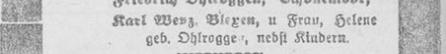
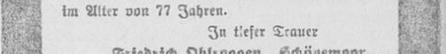
**Joh. Behlen,** **Februar 1919.**



**Anna Ohlroggen**

im **Alter von 77 Jahren.** In dieser Trauer **Friedrich Ohlroggen, Schönmoor,** **Karl Weg, Weyen, u. Frau, Helene geb. Ohlrogge, nebst Kindern.**

Die Beerdigung findet statt am **Montag den 17. Februar 1919**, um 4 Uhr, auf dem Friedhofe zu **Zwischenahn.** Um 2 1/2 Uhr Trauerandacht im Hause.



# Der Ammerländer

(Zeraprecher Nr. 5.)

Preis fürs Vierteljahr frei ins Haus bezogen 3,42 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Man abonniert bei allen Postämtern (oder Landbriefträgern) und in der Expedition. Ausgabepreis für die einpaltige Zeitungsblätter (oder deren Raum) für Inserenten aus dem Herzogtum Oldenburg 20 Pfg., für außerhalb des Herzogtums wohnende 25 Pfg. Reklamen kosten 75 Pfg. die Zeile. Anzeigen-Annahmen bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktage; größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten. Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Unrecht auf Rabatt geht verloren, wenn Annoncen-Gebühren durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. — Plagiaten bei Ausgabe von Inseraten werden nach Möglichkeit bestraft, eine Gekochte für den verlangten Platz wird nicht übernommen.

Nr. 37.

Westerstede, Donnerstag den 13. Februar 1919.

59. Jahrgang

## Zweites Blatt

### Staatsbankrott?

Seine Wirkung auf den einzelnen Bürger. Dieser Tage ging eine Meldung durch einen Teil der Presse, die gar nicht stark genug unterdrückt werden kann. In einer Sitzung der einzelstaatlichen Finanzminister sprach der Vertreter Preussens, Dr. Sieckmann, direkt von einem bevorstehenden Staatsbankrott. Er sagte ferner, es könne dahin kommen, daß wir alle unter Einkommen reitend dem Staat geben müßten. Dem Einzelnen werde nur ein Teil davon nach Bedürfnis und Würdigkeit zur Verfügung gestellt werden.

Zu dieser düsteren Zukunftsaussicht schreibt uns ein bekannter deutscher Volkswirt: Man wird zunächst die Hoffnung nicht aufgeben dürfen, daß die weiten Arbeiterkreise doch noch rechtzeitig zur Bestimmung kommen, deren Verhalten heute, am meisten zur weiteren Verschlechterung unserer Wirtschaft, und Finanzlage beiträgt. Man wird sich aber andererseits doch ernsthaft mit der Frage beschäftigen müssen, wie ein solcher Staatsbankrott auf den einzelnen Staatsbürger einwirken wird. Am Vorgang und in der Wirkung sind dabei zwei Arten zu unterscheiden: der eigentliche Staatsbankrott und der sogenannte Währungsbankrott. Der eigentliche Staatsbankrott kann in sehr seltenen Fällen soweit gehen, daß der Staat wie ein beliebiger anderer Schuldner seine Zahlungen völlig einstellt, d. h. also: gelieferte Waren und geleistete Dienste (Beamtengehälter usw.) nicht bezahlt und auch die Zinsen auf die Staatsschuld unbesahlt läßt. In den häufigeren Fällen dieser Art wird nur die Zahlung der Zinsen auf die Staatsschuld eingestellt oder — sei es durch Herabsetzung des Zinsfußes, sei es durch eine hohe Zinssteuer — willkürlich herabgesetzt. Im zweiten Falle legt der Staat den Geldgehalt der Währungsmünzen herab, d. h. also, er bestimmt, wie zum Beispiel im Ausland der achtzig Jahre, daß der Rubel nur noch  $\frac{1}{2}$  des Gewichtes in Gold haben soll wie vorher. Das bedeutet, daß jemand, der z. B. eine Schuld aufgenommen hat, für die er 1000 Gramm Goldmünzen erhalten hat, nur noch 400 Gramm Goldmünzen zurückzahlen braucht, denn diese 400 Gramm bedeuten jetzt ebenso viel Währungsgehalt, wie früher die 1000 Gramm.

In seinen Folgen ist die erste dieser beiden Arten der eigentliche Staatsbankrott, weniger weitgehend, als der Währungsbankrott. Der eigentliche Staatsbankrott verringert den Wert aller Forderungen an den Staat in gleicher Weise, wie das bei einem Zwangsvergleich mit dem privaten Schuldner und an Kontrahenten geschieht. Der Kreis der Geschädigten ist natürlich wesentlich größer; er umfaßt einen großen Teil der gesamten Einwohnerzahl des gesamten Staates und bedeutet insofern eine gewaltige soziale Umwälzung, als alle diejenigen, die Schuldittel des Staates haben, gewaltige Teile ihres Vermögens einbüßen, während diejenigen, deren Vermögen aus anderen Gütern besteht, in der Hauptsache die Besitzer von Grund und Boden, Fabriken, Maschinen und Auslandswerten ebenso reich bleiben, wie vorher, d. h. also, im Verhältnis ganz wesentlich reicher werden.

Am zweiten Falle, beim Währungsbankrott, liegen die tatsächlichen Folgen weniger auf der Hand, sind aber noch weit furchtbarer und tiefergehend. Hier findet durch die Herabsetzung des Wertes der einzelnen Währungsmünzen eine riesige Vermehrung sämtlicher Schulden an Lasten aller überhaupt vorhandenen Gläubiger statt. Das zeigt das eingangs erwähnte Beispiel klar. Auch hier wieder verringert sich nur das Vermögen derjenigen Leute, deren Besitz aus Forderungsrechten besteht, die gleichen Kreise aber wie beim ersten Falle, d. h. also im wesentlichen die Besitzer von Grund und Boden, Fabriken, Maschinen und Auslandswerten büßen wiederum nichts von ihrem Vermögen ein, und dieses steigt buchstäblich entsprechend der Verringerung des Wertes der Währungsmünzen in seinem Goldwert. Mit anderen Worten: wenn in den erwähnten Zeiten in Ausland ein Bauerngut 20000 Rubel alter Münze wert war, so war es nach der Herabsetzung des Rubelwertes 30000 neue Rubel wert. Die Schwächung aller Vermögenswerte ist freilich irgend welcher Art, wie wir erwähnt, beim Währungsbankrott wesentlich tiefergehend als beim eigentlichen Staatsbankrott. Geht den Fall, das Deutsche Reich läßt sich zwingen, den eingetragten Wert der Mark auf die Hälfte herabzusetzen, so läßt sich nichts anderes, als daß jeder der bisher über ein Vermögen von 40000 Mark verfügte, zwar dem Namen nach ebenso viel erhielt, während aber diese 40000 Mark früher in runder Summe 2000 Pfund Sterling wert waren, sind sie nachher nur noch 1000 Pfund Sterling wert, d. h. also, man kann mit der entwerteten Münze zunächst auf dem Weltmarkt im Ausland, sehr bald aber auch im Inlande nur noch halbsoviel kaufen, wie früher.

Um nochmals zusammenzufassen: Beim eigentlichen Staatsbankrott wird einem Teile des Volkes, und zwar allen denjenigen, die Forderungen an den Staat haben, also z. B. Staats- oder Reichsanleihen besitzen, ein Teil ihrer Forderungen für unzulässig erklärt und dieser Volksteil wird dadurch ärmer und weniger kaufkräftig. Beim Währungsbankrott ist das gleich mit allen denen der Fall,

die überhaupt Forderungen im Inlande aufzuweisen haben. Eine beratige Verringerung der Kaufkraft weite Kreise im Inlande bedeutet in ihrer Wirkung eine gewaltige Verarmung des inneren Marktes, eine Schwächung der Kaufkraft der breiten Massen und deren Unzulänglichkeit für alle Gegenstände, die man überhaupt erwirbt. Daß dies auf Industrie und Handel in härtester Weise zurückwirken muß, ist selbstverständlich. L. 11.

### Appell der Beamten an die N. B.

Unabhängbare Folgen.

Berlin, 10. Februar.

Die allerorts von den Spartakisten bedrängte deutsche Beamtenschaft hat an die Nationalversammlung folgenden Protest gerichtet:

Der Tagespresse zufolge werden dauernd von beamteten Soldaten und Arbeitern, die sich zu Unrecht Besorgnisse der zuständigen Behörden anmaßen, Beamte der Freiheit beraubt, mißhandelt und getötet und unerhörten Terror unterstellt. Gleiches Vorgehen wie in Hamburg auch im Westen und Osten unseres Vaterlandes. Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes unter allen Umständen schwer gefährdet. Wenn persönliche Freiheit, Gesundheit und Leben der Beamten weiter angefaßt werden, sind Beamte gezwungen, ihre Rechte durch Maßnahmen zu wahren, die für gelantes Wirtschaftsleben unabsehbare Folgen zeitigen könnten.

Der Deutsche Beamtenschaftsbund als Gesamtervertretung der deutschen Beamtenschaft mit rund zwei Millionen Mitgliedern erbitet dringend unersättliche Hilfe zur Sicherung der unbedingt notwendigen ungeführten Weiterarbeit der Beamten.

### Deutsche Nationalversammlung.

(4. Sitzung.)

10. Februar.

Der Beginn der heutigen Sitzung, in der die Aussprache über die zu schaffende Notversorgung begann, fand unter dem Einbrüche der vorhergehenden Fraktions- und Parteiverhandlungen. Allen Ansätzen nach haben alle Beratungen zu keinem anderen Resultat geführt, als daß es möglicherweise bei der Befragung aller drei Präsidienentsprossen durch Mehrheitssozialdemokraten bleibt. Nebenfalls bestehen die Sozialdemokraten darauf, daß zum Mindesten der Reichspräsident und der Ministerpräsident ihren Reihen entnommen wird. Sollten sie, was noch nicht sicher erscheint, Dr. David vom Amte des Reichspräsidenten der Nationalversammlung zurückziehen, so beabsichtigen sie dafür eine Entschädigung in anderer Form. Auf dieser Grundlage ruhen bei Sitzungsöffnung die Ansätze und Meinungen.

Es ist möglich, daß sich bei dieser Sachlage eine wechselläufige Arbeitsmehrheit bildet, d. h. einmal ein Zusammengehen von Sozialdemokraten mit den bürgerlichen Demokraten, im anderen Falle das gemeinsame Arbeiten des Zentrums mit diesen beiden Parteien oder dem Zentrum mit Sozialdemokraten allein.

Jedenfalls soll sich heute eine Mehrheit dahin einigt haben, den Paragraph 4 der Notverfassung, Zuständigkeit von Reichs- und Bundesstaaten, bestehen zu lassen unter einigen Änderungen, und die Souveränität der Nationalversammlung nur insoweit einzuschränken, daß zu Gebietsänderungen im Reiche die Zustimmung der Bundesstaaten erforderlich ist. Im wesentlichen kam man also auf halbtägige Verhandlungen der Nationalversammlung zu. Die Deutsche demokratische Partei will einen Antrag einbringen, nach dem nach Annahme der Notverfassung nur noch ordnungsgemäß beschlossene Gesetzgebungsorgane wirksam sein sollen. Dadurch soll die wilde Gesetz- und Verordnungsmaßnahme, wie sie vielfach in den Staaten beliebt wurde, unmöglich gemacht werden.

### Deutschlands Lebensmittelversorgung.

Das neue Abkommen.

Berlin, 10. Februar.

Nach längeren Beratungen ist in Spaan ein Abkommen Interzeichnet worden betreffend die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln, dessen hauptsächlichster Inhalt folgender ist:

Der oberste Ernährungsrat der Alliierten wird Vorfrage stellen, daß sofort rund 30000 Tonnen Schweinefleisch und Schweißfleisch und 250000 Können konservierten Milch über Rotterdam nach Deutschland geliefert werden.

Die Bezahlung dieser Mengen ist deutscherseits durch Gold und fremde Devisen sicherzustellen.

In unmittelbarem Anschluß an diese Lieferungen sollen die Alliierten in Aussicht nehmen, 200000 Tonnen Weizen und Weizenmehl und weitere 850000 Tonnen Schweinefleisch und Schweißfleisch zu liefern, wenn eine befriedigende Regelung der Finanzfrage bei den am 12. Februar beginnenden Verhandlungen der Finanzkommission gefunden wird.

Die Vertreter der Alliierten haben sich bereit erklärt, den Wunsch der deutschen Regierung für die weitere Versorgung Deutschlands bis zur neuen Ernte in Erwägung zu ziehen, und zwar gleichfalls unter der Voraussetzung, daß eine befriedigende finanzielle Abmachung getroffen wird. Als Bedarf für den deutschen Bevölkerung für die Monate März bis August ausdrücklich angegeben worden: 400000 Tonnen Weizen, 1000000 Tonnen Getreide und Fleisch für jeden dieser Monate, ferner 1 Million Tonnen Mais oder andere Futtermittel für den ganzen Zeitraum.

Endlich ein Anfang! Das ist aber auch alles, denn erheben ist es nicht viel, was geliefert wird und dann dürfte es wohl das teuerste Getreide und die teuerste Milch werden, die wir jemals zu bekommen haben.

Wenig, aber teuer!

30000 Tonnen Schweinefleisch klingt sehr nett, legt man aber der Verteilung eine Bevölkerungsziffer von 60 Millionen zugrunde, so entfällt auf den Kopf genau ein Pfund Schweinefleisch bzw. Fett. Die 250000 Können konservierte Milch dürften rund 12 Millionen Dosen entsprechen, macht also auf je fünf Deutsche oder etwa auf die Hälfte eine Dose aus. Im übrigen ist das aber auch nur Statistik, denn nicht jeder bestimmt davon, sondern nach den Bestimmungen nur die bedürftigsten Bevölkerungsklassen, denen also höhere Klassen verweigert werden.

Keine Schwächung des Goldbestandes.

Die Feinde sichern sich und wollen von uns einen minderwertigen Danknoten nicht wissen, weshalb sie ausdrücklich Bezahlung in Gold oder ausländischen Devisen fordern. Indessen hat sich unsere Reichsbank auch vorsehen und es wird durch diese Vereinbarung, wie nun maßgebender Seite erklärt wird, eine nennenswerte Schwächung des Goldbestandes der Reichsbank nicht eintreten. Bei der Bezahlung der Lebensmittel in Gold handelt es sich nur um relativ geringen Betrag. Der Hauptgegenwert für die Lebensmittel wird in Wertpapieren neutraler Staaten bezahlt werden.

### Die Landwirtschaft der Zukunft.

Neuzeitung und Volksernährung.

Für die ganze wirtschaftliche und soziale Entwicklung Deutschlands ist die Verordnung der Reichsregierung vom 29. Januar von epochenmachender Bedeutung. Handelt es sich doch hier um die Befähigung der Landwirtschaft der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu einer Neuzeitung der landwirtschaftlichen Volksernährung geschaffen werden soll. Die große Masse von Menschen, die in der Industrie nicht Beschäftigung finden können, soll auf dem Lande abgeteilt werden, um dort in landwirtschaftlichen Kleinbetrieben Deutschlands Nahrungsmitteln zu erzeugen.

Der Kleinbetrieb muß mehr aus der Scholle heraus, als der Großbetrieb, und das ist heute das Entscheidende für Deutschland. Die Vorteile, die der landwirtschaftliche Kleinbetrieb gegenüber dem Kleinbetrieb hat, kommen nur bei der Geltung, wo ein Staat mit erheblichem Reichtum und mit gleichzeitigem Mangel an Landarbeitern vorhanden ist. Heute aber, wo einerseits Unflucht, andererseits Landunger besteht, ist in erster Reihe die Befähigung dieser Erziehung nötig. Im Jahre 1913 wurde in der „Reichsliste für Agrarpolitik“ festgestellt, daß die durch die Kolonisation geschaffene Kleinbetriebe für einzelne Kulturarten eine bessere Ausnutzung des Landes (bis zu 30%), eine Steigerung der Gesamtternte bis zu 100%, ein Anwachsen der Viehbestände auf das zwei- bis dreifache bewirkt habe. Dasselbe Fläche erträgt nach der Befähigung beinahe das Doppelte an Menschen und bringt trotzdem die weitüberlegene Marktleistung aus. Der nie rastende Fleiß des kleinen Eigenheimers, die erhöhte Sorgfalt beim Ackerbau, namentlich bei der Futtergewinnung und bei der Viehhaltung, wirken Wunder.

Ferner aber mußten vor dem Kriege zur Bewältigung des Arbeitermangels von Zahl zu Zahl steigende Mengen ausländischer Arbeiter herangezogen werden. 1913 bis 1914 betrug ihre Anzahl 437000. Was fällt in Zukunft fort, weil die fremden Arbeitskräfte sich fehlen werden. Der bäuerliche Betrieb, der in den neuen Siedlungen einsetzt wird, vermindert zweifellos die Zahl der nötigen Landarbeiter und schafft zugleich durch genügend große Bauernanstellungen eines der besten Mittel gegen die Abnahme der Geburtenhäufigkeit. Großgrundbesitz und Domänen werden neben Mooren und Wäldern zu diesen Zwecken herangezogen werden. Die alten und die neuen Agrargüter müssen sich der Volksernährung bemessbar gemacht werden. Die Zeit ist es, ernt, für Güter, die nur der Jagdpassion, dem Sommerfestball oder der Unterbringung von Kriegsgewinnern dienen. Sie greift das neue Gesetz jenseits sozial wie ethisch wohlwollig ein.

Die neue Verordnung geht ja nur den Weg, den die einzelnen Bundesstaaten zeigen sollen. Sie schafft nur ein Rahmengesetz, das erst durch die Ausführungsbestimmungen Fleisch und Blut bekommt. Aber die gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen, die es vorzieht, die Volksernährung zu übernehmen, in die es den Großgrundbesitz zusammenfaßt, und die neue Landarbeiterordnung, welche den ländlichen Tagelöhnern ein menschenwürdiges Dasein verbürgt, zeigen deutlich den Weg, den man gehen muß, und es wird damit eine Forderung der Stunde erfüllt und verheißungsvolle Neuerungen für das Volk des Wohlstandes angedeutet.

Dr. K.

### Die Daumenschrauben der Entente.

Paris. Es ist hier noch keinerlei Einvernehmen darüber erzielt worden, ob die militärischen Operationen gegen Deutschland wieder aufgenommen werden sollen, oder ob die Durchführung des wirtschaftlichen Drucks genügt, um die besiegten neuen Waffenstillstandsbedingungen durchzuführen. Wilson empfiehlt einen Mittelweg.

Anzeigen.

Holz-Verkauf.

Klostermeyer S. Hingen hier selbst läßt

Sonnabend den 15. Februar, nachmittags 1 Uhr, in seinen zu Jägerden belegenen Forstungen

200 Haufen Eichen-Schlagholz Bau-, Wagen- und Pfahlholz, sowie 50 Haufen Bohnenstangen

öffentlich veräußert werden. Versammlung beim Gutshaus in Jägerden. Wehlerstraße.

G. Koch, Aukt.

Holz-Verkauf.

Zwischen a. n. Die Firma Diecks & Ruhmann läßt am

Freitag, 14. Februar, nachmittags 2 Uhr anf, in Hebemann's Wuh zu Helle:

150 gefällte Eichen

Bau- und Wagenholz, einige Hundert eichene Riebel- und Stacketpfähle, sowie etwa 50 Haufen Feuerholz, meistbietend verkaufen, wozu Kaufschreiber einladet

J. S. Sturichs.

Zu verkaufen

3trächt. Schafe

A. Ackermann, Hanten

Aufruf zur Protestwoche für unsere Kriegsgefangenen!

Am 17. Februar kauft der Waffenstillstand ab. Die Verlängerung wird dem deutschen Volke neue Opfer kosten. Möglichen verzögert der Gegner den Frieden. Mit ihm die Verhandlungen über die Herausgabe unserer Gefangenen. Erst sollte der Waffenstillstand darüber bestimmen, dann der Vorlieben, dann der Frieden. Wann wird er kommen? Wie lange noch sollen unsere Gefangenen in qualvoller Unsicherheit schmachten? Schon der neue Waffenstillstandsvertrag muß über ihr Los entscheiden, schon er muß ihnen Befreiung bringen! Unsere Unterhändler müssen mit einer klaren Antwort des Gegners vom Verhandlungstische in die Heimat zurückkehren.

Das zu fordern, muß aber der einstimmige Wille des ganzen deutschen Volkes ihnen gebieten. Durch ihren Mund soll das deutsche Volk dem Feinde sagen, daß die Zurückhaltung der Gefangenen auf ungewisse Zeit den vom Feinde selbst verfochtenen Gesetzen der Menschlichkeit und des Rechtsfriedensohn ist. Durch ihren Mund soll das deutsche Volk dem Welt verkünden, daß die Verstraffung von einer Million Menschen das größte Verbrechen ist, das die Weltgeschichte gesehen hat! Das deutsche Volk will Frieden und Versöhnung, der Gegner antwortet mit Maßnahmen des Hasses. Soll auf dieser Grundlage der Völkerverbund entstehen?

Auf, schweigendes deutsches Volk, erhebe dich wie ein Mann! Waffenlos bist du, aber du hast ein Recht, an das Gewissen der Welt zu appellieren. Auf, schweigendes deutsches Volk, eine Million deiner Väter und Söhne setzen auf dich, sie fassen für dich ihre Pflicht! Schande, wer das vergißt! Treue um Treue! Deutsches Volk, tu deine Pflicht für sie! In der Woche vom 8.-15. Februar sollen alle Gauen Deutschlands widerhallen von einem gewaltigen Schrei der Empörung und des Protestes. In jeder Stadt des deutschen Landes sollen deutsche Männer und Frauen sich einigen in dem flammenden Protestrufe: Heraus mit unseren Gefangenen! Auf zur Protestwoche!

Am Donnerstag den 13. Februar, nachmittags 4 Uhr,

große öffentliche Versammlung

in W. Henken's Gasthaus zur Protesterhebung und Absperrung einer Entschlebung an die Reichsregierung.

Nachdem: Bericht eines Kriegsgefangenen über seine Kriegsgefangenschaft.

Alle Mitbürger, Damen und Herren, werden gebeten, an dieser Versammlung teilzunehmen.

Der Vorstand der Ortsgruppe Wehlerstraße zum Schutze d. deutschen Kriegs- u. Zivilgefangenen.

Döbenburg. Die in unmittelbarer Nähe der Halte- stelle Bürgerfelde (Stadtgebiet Oldenburg) belegenen Gräberstätten

Weiden

groß zu! 26,88,40 Seklar gelangen am

Sonnabend den 15. Febr., nachm. 3 Uhr, in Bochers Witshaus in Bürgerfelde zum 3. Male zum Verkaufsausschlag und erfolgt voranschicklich seband der 3. Schlag.

Das Grundstück eignet sich besonders zur Aufstellung zu Bauanlagen, da es an 4 Straßen liegt.

Günstige Gelegenheit für Bauunternehmer!

B. S. Dittmanns, amtl. Aukt.

Zwischena. Arf durchaus sichere Landhypothek auf sofort oder später

8-10000 M.

zu belegen. D. Wöts, Arch.

Wagnisaufen gesucht

1 Haus mit Garten, Zwischenahn bevorzugt Antalt 1. Mai ds. Ja. Offerten mit Grundstücksgreife, Brandwert und genauer Forderung an den beeb. Handelsmakler G. Bokemanna in Emden.

Zu verkaufen zwei gute

Einspannerpferde,

tragende Oldemb. Stute, 4jährig, Wallach 4jährig, fromm und angeft.

G. Sandersfeld, Neu-England.



Besangverein Konkordia Augustfehn.

Freitag abend 8 1/2 Uhr, Wiederbeginn der Übungen. Neuansmeldungen werden jederzeit angenommen.

Am Freitag den 14. Februar:

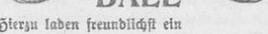
Großes

Militärkonzert

ausgeführt von den besten Kräften des Musikchores des Art. Regts. Nr. 62 unter persönlicher Leitung des Obermusikleiters Herrn Holzheuer.

Anfang 8 Uhr. — Eintrittskarten zu haben bei W. W. Buhr und F. W. Broeker.

Nach dem Konzert:



Siezu laden freundlichst ein Holzheuer. J. H. Buhr Ww.

Deutsche demokratische Partei, Ortsgruppe Apen.

Am Donnerstag, 13. Februar, nachmittags 7 Uhr,

Vorstandssitzung

bei Behrens in Apen. — Landtagswahl.

Kein Vorstandsmitglied darf fehlen. Schriftführer.



Krieger-Verein Hollwege.

Begrüßungs-Feier

für die heimgekehrten Krieger aus der Schlacht Hollwege

am Sonnabend den 15. Februar im Vereinslokal.

Konzert mit nachfolgendem Tanzkränzchen.

(Militärmusik). Während des Konzerts gemeinschaftliches Freizeiten. Anfang 7 Uhr. Eintritt frei.

Zu dieser Feier werden sämtliche Kriegsteilnehmer und Kameraden mit ihren Angehörigen freundlichst eingeladen. Einführungen gefaltet. Der Vorstand.

Futtermöhren,

etwas angefrotten, preiswert zu verkaufen. Omsverwaltung Carolinenhof.

Für die Tour von Gohensholt über Apen nach Augustfehn suchen wir einen zweifelh.

Milchfuhrmann

Milcherei Augustfehn.

Der Traum in Feindesland.

Roman von Julius Schoenthal.

68] Ganz bestimmt! — Er schloß seine Briefmappe auf und wies auf das zusammengegrüllte Kopierbuch. Und glauben Sie im Ernste, mich mit Papier schreiben zu können, das Sie in Ihrem Schreibtisch verschlossen halten und das mir durch die erste Hausdurchung in die Hände gefielit werden könnte? Langford lächelte.

Siehen Sie und hören! Die Uhrzeit liegt wohlberkauft an einem sicheren Orte und — sagte er in übermütigen Töne hinzu — hat jemand, der davon Gebrauch zu machen wissen wird, wenn die Stunde kommt. Wie gesagt, Excellenz, mein Leben steht vorläufig in Ihrer Hand; aber ich will meinen Kopf sicherer denn je zuvor auf meinen Schultern sitzen. Der Minister erhob sich. Ich will Ihnen diese Überzeugung nicht rauben. Es hängt sehr überlegen, wie er das sagte. Leben Sie wohl!

Eine feste Verbeugung, und er schritt zur Tür. Dort wendete er sich nochmals um und drohte streng mit dem Finger. Sie werden das Haus nicht verlassen, wohl gemerkt! Schützen Sie einmitleiden Stranzheit vor! Im nächsten Augenblick war Langford allein. Er lächelte fein und feste gemächlich seine Stummeloferte in Brand. Dann lehnte er sich mit Begehren in den Großvaterstuhl und sog das Kästchen bevor, das ihm die Morgenspost gebracht. Er überlas die unverfänglichen Seiten noch einmal.

Für Ihre bisherigen wertvollen Bemühungen in der Nachschliche meines Dufels danke ich Ihnen bestens. Am Donnerstag oder Freitag abend wird Wambker von B. in dringenden Geschäften nach London kommen; ich habe ihm Ihre Wohnung angebeben und persönliche Grüße für Sie aufgetragen. Sie werden ihn also wahrscheinlich in den nächsten Tagen sehen.

Mit den herzlichsten Grüßen von uns allen Ihre dankbare Nise Dron.

Er lächelte zufrieden in sich hinein. Wambker von B. ...! Häßlicher keine Rippen. Wambker von B. ...! Also so eine Art fliegender Holländer! und er summite die Melodie des Sommerliedchens aus dem fliegenden Holländer vor sich hin: Summ und brumm, du gutes Mädchen, hünter, hünter dreh' dich um ...

14. Kapitel.

Entlegelte Geheimnisse.

Der Minister aber fuhr in tiefem Simmen zum Kriegsamt zurück. Er war nicht klüger denn zuvor. Nur eines wußte er. Dieser Langford oder wie er heißen mochte, durfte nicht leben bleiben. Sein Leben bildete eine feste Gefahr für das Weichen des Reiches. Wenn nur ... wenn nur der gefährlichste Skandal nicht wärel. Der Skandal war schlimmer als der Tod dieses Reichens.

Ob man ihn nicht vielleicht doch entlassen lassen sollte?

Aber würde er drüben in Deutschland reinen Mund halten? Würden nicht die Zeitungen sich um jede Silbe aus seinem Munde labalagen? War er stark genug, die persönliche Eitelkeit zu bekämpfen? Nein, gewiß nicht! Er würde sein Ehrenwort geben, zu schweigen, und würde es brechen, brechen müssen. Denn er war jung und hatte gerechten Anspruch auf die öffentliche Anerkennung, zumal er ganz England überdöwlet hatte. Aber was wußte er von diesen Dingen? Sie waren ja aus anderem Holze geschnitten. Ihre Lebensanschauung war anders, der ganze Denkorgang vollzog sich anders bei ihnen. Ob sie besser waren? — Besser? Warum nicht gar? Sie waren nicht besser und nicht schlechter. Nur anders! Sie vernachlässigten die kleinen und nächstliegenden Ziele und handelten nur unter der Spinnne des letzten und höchsten Zieles. Schlafwandler waren sie, große Kinder, die in ihrer Unbekümmertheit ohne Klugheit und Wägen und Sondern das Rechte trafen. Leute, die arbeiteten um des Wertes

willen und aus Freude an der Arbeit, nicht um sich hinterher eine Rente zu kaufen oder andere für sich arbeiten zu lassen. Sie waren unberechenbar.

Und doch und trotzdem! Dies Land mußte dem Erbhaben verdammbunden Wuhel ... das heißt, wenn erst die Möglichkeit des Ständals beseitigt war.

An einem sicheren Orte wohlverkauft, bei jemand, der davon Gebrauch zu machen wissen wird ... Sollte er die gefährlichen Papiere bei dem sozialistischen Anwalt Burnham hinterlegt haben? Über welchen Gebrauch konnte er davon machen, wenn die Stunde gekommen war? Er würde sie der Labour Party übermitteln, und die würde ein unanftes Kästchen lagern; ein paar Leute würden drüber lachen, und die Entschaffen würden zur Tagesordnung übergehen; die gemerbsmäßige Standalucht dieser Art Breffe würde ja kaum ernstgenommen. Und das mußte ein so kluger Mensch wie dieser deutsche Offizier wohl auch.

Nein, es gab nur einen Ort, wo die Papiere liegen konnten, bei Lord Southcliffe. — Ja, wenn der Zeitungsfönig in den zahlreichen von ihm abhängigen oder ihm sonntwie hörigen Blättern davon Gebrauch machte, dann war der große Skandal fertig. Dann konnte er sein Portfeuille abgeben, dann war er ein Verleumter, ein Geächteter. Am besten, er schloß sich eine Kugel vor den Kopf ... Und Langford war wohl lange genug Galt im Laufe des Vords gewesen, um zu wissen, welche Freude dem Zeitungsfönig eine solche Veröffentlichung gemadit hätte. — Der Wagon hielt vor dem Kriegsamt.

Ohne die Grüße der Diener dankend zu erwidern, künnte die Excellenz die Treppe hinauf. Den Sekretär im Vorraum seines Arbeitszimmers besichtigte er zu sich.

Klingeln Sie sofort zu Lord Southcliffe hinter! Sehen Sie mich nicht so fürcht an, jawohl zu Lord Southcliffe, und zwar ins Geschäftshaus. Ob ich ihn in einer dringenden Angelegenheit sofort sprechen konnte ... verließ sich, in seinem Verlagsbureau. Die Wohnung betrete ich nicht, murmelte er hinterdrein. Er wartet häufig auf und ab. (Fortsetzung folgt.)

# Der Ammerländer

(Zeitsprecher Nr. 5)

Preis fürs Vierteljahr durch die Post frei ins Haus bezogen 3,42 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Alle Postankosten und Landbefrächter nehmen Bestellungen entgegen. Anzeigengebühren für die eispaltige Zeitsprecher (ober deren Raum) für 14 Tage, für außerhalb des Bezugsgebietes wohnende 25 Bz. Reklamen kosten 75 Bz. die Zeitsprecher-Anzeige bis 8 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktag; größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten. Für die Rückgabe unerlangter Exemplare wird keine Verbindlichkeit übernommen. Jedes Anrecht auf Rabatt geht verloren, wenn Anzeigen-Gebühren durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. Rückstellungen bei Aufgabe der Inseraten werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 38

Westerheide, Freitag den 14. Februar 1919

59. Jahrgang

## Reichspräsident Ebert.

Weimar, 11. Febr. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde der Volksbeauftragte Ebert zum Präsidenten der deutschen Volksrepublik mit 277 Stimmen von 379 Anwesenden gewählt. 51 Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung, 49 Stimmen fielen auf Graf Pofadowski, 2 Stimmen waren zerstreut. Ebert nahm die Wahl dankend an.

Drei Monate lang hat das Deutsche Reich, nach der verzögerten Abdankung Wilhelm II. ohne Oberhaupt dagestanden. Wir hatten eine vorläufige Regierung, wir hatten aber keinen vorläufigen Regenten. Jetzt hat das Vertrauen der Nationalversammlung Herrn Ebert mit der Präsidentenwürde beehrt und damit einen einfachen Mann aus dem Volke an die Spitze des Reiches gestellt.



Nicht als Herr und Gebieter seines Schicksals, weder als absoluten noch auch nur als konstitutionellen — die Zeiten sind vorüber, wie man annehmen darf, endgültig vorüber. Der wahre Souverän des deutschen Volkes ist und bleibt fortan die Nationalversammlung, und die Ausübung der Macht ist in vollem Umfange in die Hände der Reichsregierung gelegt, die der Volksvertretung für ihr Tun und Lassen verantwortlich bleibt. Aber was unter solchen, von Grund aus veränderten Verhältnissen dem Reichsoberhaupt an Bedeutung verbleibt, auch das soll auf einen edlen und wahren Volksmann übertragen werden, damit die Einheit des Fühlens und Denkens, die Geschlossenheit des Willens und Handelns unter allen Umständen gewahrt wird. So ist die erste Wahl eines Präsidenten für den neuen deutschen Volksstaat auf den Führer der Sozialdemokratie gefallen. Ein Mann, dem selbst seine Freunde zwar keine überragenden Eigenschaften zuerkennen, dessen unbedingte Zuverlässigkeit, dessen maßvolles Wesen, dessen selbstlose Uneigennützigkeit aber von allen, die ihn kennen, nach Gebühr geschätzt werden. Sein fürstlicher Gang, sein höfliches Gepränge wird ihm umgeben, wenn er fest vom Platze des Reichspräsidenten auf den Sessel des Reichspräsidenten hinaufsteigt. Aber nach diesen äußeren Anzeichen von Macht und Ansehen trägt das deutsche Volk auch gar kein Verlangen mehr. Was es will, ist treue, redliche Arbeit zum Wohle des Landes; ein gutes Wort für Arm und Reich, für Groß und Klein; eine sichere Bürgschaft für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, die mir bis jetzt vielfach nur auf dem Papier, nicht aber in der Wirklichkeit des Lebens besaßen. Präsident Ebert kennt dieses Sehnen des Volkes und er wird gewiß seine ganze Kraft dafür einsetzen, um ihm gerecht zu werden.

Möge sein Wirken ergebnisreich sein, auf daß es uns endlich den Ausblick eröffnet, in eine neue, in eine bessere Zukunft.

### Scheidemann Ministerpräsident:

Weimar, 11. Febr. Nach seiner Wahl zum Präsidenten der deutschen Volksrepublik ernannte Ebert den bisherigen Volksbeauftragten zum Ministerpräsidenten und beauftragte ihn mit der Bildung eines Kabinetts. Scheidemann ging sofort an die Ausführung des Auftrages, und es wird angenommen, daß spätestens morgen das Kabinettsministerium gebildet sein wird.

### Für unsere Kriegsgefangenen.

Weimar, 11. Febr. Der Nationalversammlung ist folgender von Mitgliedern aller Parteien unterzeichneter Antrag zugegangen: „Die deutsche Nationalversammlung erhebt Einspruch gegen die Zurückhaltung von Kriegs- und Zivilgefangenen. Die Gefangenen der Alliierten sind ihrer Heimat zurückzugeben. Es ist eine Forderung der Menschlichkeit und Gerechtigkeit, daß auch die Leidenszeit der deutschen Kriegsgefangenen schnelligt beendet wird. Die Nationalversammlung ruft die Neutralen und das Gewissen der ganzen Welt auf, sich mit ihr zu vereinigen in der Forderung, den Gefangenen die Heimat, den Familien den Väter und Väter zurückzugeben, die jahrelang von den Angehörigen getrennt, mit Ungeheuer der Erlösung aus der Gefangenschaft erwarten. Die deutsche Nationalversammlung sendet den Brüdern jenseits der Grenze den Gruß der Heimat zu.“

## Eberts erste Ansprache.

Begeisterte Begrüßung des Reichspräsidenten.

Weimar, 11. Februar.

Nach der Wahl Eberts zum Reichspräsidenten begrüßt der Präsident der Nationalversammlung Dr. David ihn als das erste selbstgewählte Oberhaupt des deutschen Volkes.

Präsident Ebert antwortete in einer längeren, von ganzen Hause mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Rede. Er gab darin die Versicherung ab, es werde sein ehrliches Bemühen sein, die Verfassung getreulich zu beachten und sein Amt ebenso zu verwahren. Zum Schluß betonte er, daß er keine eigene Kraft zur Durchführung des Friedens und der Ordnung im Innern unter Ablehnung jeder Gewalttätigkeit durch eine kleine Minderheit einleiten werde. Ebert schloß mit einem begeisterten aufgenommenen Gruß auf Vaterland und Volk.

Die weißen Stimmzettel bei der Präsidentenwahl waren von den Unabhängigen und der Deutschen Volkspartei abgegeben worden.

## Stehen wir vor dem Staatsbankrott?

Dr. Südekum dementiert.

Gegenüber der Behauptung, daß der preussische Finanzminister Dr. Südekum in einer Sitzung bei Staatsbankrott gedroht habe, erklärt Dr. Südekum durch das parlamentarische Depeschbüro u. a.:

Im Zusammenhang einer Erörterung über die formalige Aufhebung der Steuerveranlagung in der Zukunft habe ich den Ausdruck gebraucht, daß die Steuerpflichtigen mit derselben Gewissenhaftigkeit wie ein insolventer Schuldner dem Staat gegenüber zu stehen hätten, wenn die Steuern nicht rechtzeitig und in voller Höhe an den Staat einbezahlt würden. Ich habe mich nicht geäußert über die Möglichkeit eines Staatsbankrotts. Ich habe mich nicht geäußert über die Möglichkeit, daß die Steuern nicht rechtzeitig und in voller Höhe an den Staat einbezahlt würden. Ich habe mich nicht geäußert über die Möglichkeit, daß die Steuern nicht rechtzeitig und in voller Höhe an den Staat einbezahlt würden.

Schon früher hat das preussische Finanzministerium die Finanzlage des Landes immer wahrheitsgemäß als sehr gespannt geschildert, aber auch der Ansicht Ausdruck gegeben, daß zu einer Verzerrung kein Anlaß vorliege, um so weniger, als wir hoffen dürfen, durch die Verbesserung der Besteuerungsmethoden und durch die Einführung neuer Steuerarten die Ordnung in den Finanzen anzukündigen, wenn wir erst einmal wieder zu normalen Verhältnissen des Lebensbedarfs und damit auch zu normalen Lohn- und Gehaltsverhältnissen zurückgekehrt sein werden.

## Unsere Gefangenen in Rußland.

Im ganzen 45000 Mann.

Weimar, 11. Februar.

Wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, beträgt die Anzahl der jetzt noch in Rußland befindlichen deutschen Gefangenen 45000. Davon befinden sich 40000 in Sibirien darunter 400 Offiziere und 16000 Mannschaften. Der Rest besteht aus Zivilgefangenen. In die „rote Arbeit“ sind mehrere tausend Deutsche eingetreten, teils aus Sympathie für die bolschewistischen Bestrebungen, teils aus Not und Hunger oder auch durch die Zwang der hohen Rationierung. In den nichtbolschewistischen Teilen Rußlands werden die deutschen Gefangenen rücksichtslos behandelt und für weitgehende Forderungen wird auch von der Heimat aus Sorge getragen. Das amerikanische Rote Kreuz bemüht sich um die Vermittlung schriftlichen Verkehrs. Aber die Entsendung von deutschen Vertretern zur Gefangenenfürsorge scheitert Verhandlungen.

Aber die Anzahl der nach Japan entkommenen deutschen Gefangenen will die Schweiz Ermittlungen anstellen, mit Japan hat sich eine entsprechende Vereinbarung bisher nicht erzielen lassen.

## Die Russen dicht bei Memel.

Schandakaten im Baltikum.

Königsberg, 11. Februar.

Die Bolschewisten haben das Stück von Memel gelegene Letze genommen. Die Stadt wurde von einer 200 Mann starken Abteilung mit Maschinengewehren besetzt. Weitere 4000 sollten anrücken. Die Bolschewisten von Lubintz und den Dörfern der Umgebung wurden geschlossen zum Einzug in die Stadt transportiert. Die Bolschewisten erleben Manifeste, die behaupten, daß in Litauen der Bolschewismus genau so eingeführt werde wie in Rußland. In Wauff, nordöstlich Wilna, rückt das dritte lettische Bataillon ein. Feindlich gesinnte Personen der Umgebung wurden verhaftet und nach Wauff geschleppt. Die Worrer Wielenstein aus Altbaden und von Utho aus Peterhof wurden erschossen. Ein Eisen wurden 123 wohlhabende deutschsprechende Leute festgenommen. 63 von ihnen sollen am nächsten Tage in Wauff erschossen werden sein. Auch mehrere Leuten, die während der deutschen Besetzung das

Amt des Gemeindevorlesers verlassen, wurden erschossen. Die Truppen überließen, sie seien von Lenin geschickt, um sich mit der deutschen Spartakusgruppe zu vereinigen.

## Noch keine Lebensmittel.

Die Entente macht neue Schwierigkeiten.

Berlin, 11. Februar.

Die Waffenstillstandskommission gibt bekannt: Zwischen ist der Bericht über die Verhandlungen der ebenfalls in Spa tagenden Unterkommission für die Erleichterung des Schiffahrtsabkommens eingelaufen. Aus ihm ergibt sich, daß die Entente ihre Bedingungen weiter verschärft, so daß sich bis jetzt keine Einigung hat erzielen lassen. Die mündlichen Verhandlungen sind zunächst abgebrochen worden. Unter diesen Umständen bleiben die Aussichten für unsere Lebensmittelversorgung nach wie vor höchst unsicher.

## Schwere Gefechte bei Ratel.

Polnische Partisanen.

Berlin, 11. Februar.

Den Schutz der Stadt Ratel, die unter schwerem Artilleriefeuer liegt, hat das Freiwilligenkorps Brzeskow übernommen, welches am 5. Februar Berlin verlassen hat. Das Korps sichert augenblicklich die Stadt und die umliegenden Ortschaften und steht in enger Fühlung mit dem Feinde, welcher über auf ausgeschickte, wohlgeführte Infanterieverbände verläßt. Einwirkung der polnischen Artillerie erfolgt hauptsächlich am Bahnhof und auf dem Marktplatz, doch erwidert die Artillerie des Feindes unterbrochen das Feuer. Augenblicklich muß man mit einem kräftigen Vorstoß der Polen rechnen. Die Abhaltung ist auf das schwerste bedroht, wenn es den Polen gelingt, Ratel einzunehmen.

Das Verhalten der Polen, selbst Verwundeten gegenüber, ist von höchster Rohheit. In einem Gefecht bei Kosko, das bei dem Korps Brzeskow über 100 Mann Verluste forderte, haben die Polen selbst Krankenträger und Verwundete in bestialischer Weise niedergemetzt.

### Sturm auf Jarne und Janotowa.

Beim A. D. A. sind werden von allen Abständen Zusammenkünfte mit den Polen gemeldet. Bei Janotowa wurde der beabsichtigte Gegenangriff auf die nach in Feindeshand verbliebenen Dörfer Jarne und Barmotwa mit Erfolg durchgeführt. Beide Dörfer wurden durch das 3. Jägerbataillon Kirchbach und das Jägerbataillon 5 unter Mitwirkung von Begleitbatterien und Besatzungsangehörigen genommen. Neudorf, Miroslaw und Gohendorf wurden von uns besetzt. Bei Maragonim erfolgriche Patrouillengefächte. Der Nebe-Brückenkopf bei Steinburg südlich Ratel wurde von den Polen genommen. Südwestlich Bromberg wurden unsere Truppen hinter den Döber-Nebe-Kanal zurückgenommen. Feindliche Versuche, beiderseits der Straße Regenald-Bromberg den Kanal zu überschreiten, scheiterten.

### Deutscher Protest an die Entente.

Das deutsche Auswärtige Amt hat an die Alliierten eine Note gerichtet, in der mit Entschiedenheit gegen das Verhalten der Polen protestiert wird. In der Note heißt es: „Abereits hat die deutsche Regierung nie beabsichtigt, gewalttätig gegen Reichsangehörige politischen Stammes vorzugehen. Es ist bekannt, daß es die polnischen Bewohner der preussischen Provinzen gewesen sind, die zum Teil unter Bruch ihres Barmeneides die Waffen gegen die Regierung erhoben und Staatsbehörden abgesetzt haben. Gegen solche aufzuerstehenden Angriffe vorzugehen, muß sich die deutsche Regierung so lange vorbehalten, bis alle bewaffneten polnischen Formationen aus dem jetzigen Reichsgebiet entfernt sind. Bis zur Entfesselung der Friedenskonferenz steht Deutschland eine Wahrung seiner Gegner über das Verhalten seiner Behörden in diesen Gebieten ab.“

### Ein schwieriger Soldatenrat.

Danzig. Hier kam es zu einem heftigen Konflikt zwischen dem Generalkommando und dem Soldatenrat. Dieser verlangte die sofortige Auflösung eines für den Grenzschutz aufgestellten Bataillons. Sonst werde er dieses mit Gewalt erzwingen.

### Belagerungszustand in Hamburg.

Hamburg. Infolge neuerlicher Unruhen ist über das ganze Hamburger Gebiet der Belagerungszustand verhängt worden.

Bremen. Von Sparrallisten ist mehrfach wieder auf die Patrouillen der Regierungstruppen geschossen worden, die die Häuser nach Waffen abuchen. — Die Wahlen zur Bremer Nationalversammlung sind auf Sonntag den 9. März ausgeschrieben worden.

Münster. Das Lebensmittel-Ministerium wurde jetzt von Regierungstruppen gesperrt, um einem parlamentarischen Ausschuss zu begegnen.

Berlin. An allen Teilen unseres Abchnittes hessische Patrouillenmächtigkeiten. Polnische Angriffe auf Jossens und Gohendorf wurden abgewehrt.

### Rekrutierung der Jahrgänge 1899 und 1900.

Berlin. Das Kriegsministerium plant die Auffassung des Jahrganges 99 durch Rekrutierung. Sollte das Ergebnis nicht genügen, so wird auch der Jahrgang 1900 herangezogen.